



Stadt Land Raum

Öffentliche Orte
jenseits der Metropolen

ULRICH BERDING

Stadt Land Raum

Öffentliche Orte
jenseits der Metropolen

ULRICH BERDING

IMPRESSUM

Herausgeber
Herbert Quandt-Stiftung
Am Pilgerrain 15
D-61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Tel: +49 (0) 6172 404-500
Fax: +49 (0) 6172 404-545
info@herbert-quandt-stiftung.de
www.herbert-quandt-stiftung.de

Redaktion
Dr. Roland Löffler
Antje Klaudius
Stephanie Hohn

Bildnachweis
Titel: Stadt Homberg (Efze)
S. 8-9: Stadt Sontra
S. 19: Copenhagen Media Center / Ty Stange
S. 36-37, 40, 64: Ulrich Berding
S. 70, 81: Mirko Krizanovic

Gestaltung und Satz
Stählingdesign, Darmstadt

©Herbert Quandt-Stiftung, 2015

ISBN 978-3-937831-27-4

Inhalt

- 6 **Vorwort**
Christof Eichert und Roland Löffler
- 10 **Einleitung**
Ulrich Berding
- 12 **1. Entwicklungen und Perspektiven suburbaner Regionen**
- 22 **2. Gemeinschaft und sozialer Zusammenhalt – soziale Realität oder unerreichbares Ideal?**
- 29 **3. Der „öffentliche Raum“ – Definitionen und Projektionen**
- 44 **4. Strategien, Konzepte und Projekte – wie können gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gemeinschaft mit und in öffentlichen Räumen entstehen?**
- 69 **5. Ausblick und Handlungsempfehlungen**
- 78 **Fußnoten**
- 81 **Der Autor**
- 82 **Die Herbert Quandt-Stiftung**

Vorwort

Es ist eine kuriose Situation: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik leben in Städten und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern. Sie leben und arbeiten dort, gehen ihren Hobbys nach, treiben Sport, engagieren sich überaus vielfältig in Vereinen, Initiativen, politischen Parteien, Religionsgemeinschaften oder wirtschaftlichen Vereinigungen. Dennoch spielen Klein- und Mittelstädte weder im politischen Bewusstsein noch in der wissenschaftlichen Analyse eine besondere Rolle. Dabei sind diese Regionen durchaus spannend: Während die einen aufgrund des demografischen Wandels oder einer wirtschaftlich ungünstigen Randlage stagnieren, entwickeln die anderen ein spannendes Profil und wachsen. Deshalb wird der im Grundgesetz verankerte Anspruch des Staates, bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, unter pragmatischen und realistischen Gesichtspunkten durchaus kontrovers diskutiert. Ohne Zweifel ist es richtig, auch in stagnierenden und peripheren Gegenden eine gute Qualität der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Erwerbsmöglichkeiten sicherzustellen. Dass diese Aufgabe nicht allein von staatlichen Akteuren bewältigt werden kann, sondern ebenso Wirtschaft und Bürgergesellschaft betrifft, ist eine These, die die Herbert Quandt-Stiftung seit längerer Zeit öffentlich vertritt und die auch der Leitgedanke dieser Publikation ist.

Die Bürgergesellschaft ist deshalb keine Quantité négligeable: Jede Gesellschaft ist nur so stabil, wie sie auch im täglichen Leben und in der Begegnung mit anderen gemeinsame Werte, Normen und Grundlagen für Verständnis und Solidarität schafft. Dazu bedarf es der regelmäßigen realen Begegnung und Auseinandersetzung mit Menschen, die in Einstellung und Prägung verschieden sind. Ausgehend von dieser Überzeugung stellt sich die Frage nach dem „Wert des öffentlichen Raums“ insbesondere in den ländlichen Kommunen. Private Rückzugsräume werden immer erforderlich und auch vorhanden sein. Sie müssen aber zur Bewahrung von Gemeinschaft durch öffentliche Räume ergänzt werden, in denen sich Menschen jeder

Herkunft, jeden Alters und jeden Glaubens begegnen können. Die Städteplanung hat dabei eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe, die sie nicht immer und nicht überall erfüllt. Die Zahl und Qualität der öffentlichen Räume schwindet. Aber auch die Bürgergesellschaft ist in der Pflicht, die öffentlichen Räume nicht nur zu fordern, sondern mit Leben und Sinn zu füllen. Wir wollen mit diesem Essay aus der Feder des städteplanerischen Wissenschaftlers und Praktikers Dr. Ulrich Berding dem Thema „öffentlicher Raum“ gerade bei den wachsenden Unterschieden von Stadt und Land eine besondere Aufmerksamkeit geben.

Ulrich Berding bietet eine breite Analyse der angesprochenen Phänomene und geht anhand zahlreicher Fallbeispiele der Frage nach, wie eine bürgerschaftliche Mitverantwortung für die Gestaltung öffentlicher Räume aussehen kann – beziehungsweise Bürger und öffentliche Hand bei der Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden zusammenwirken können. Er fragt, welche Faktoren den Ausschlag geben, kleine Städte und Dörfer weiter lebenswert zu halten, welche Rolle die Kultur oder unorthodoxe, internationale Ansätze wie das auf Nachhaltigkeit ausgerichtete italienische Konzept der *Cittàslow*-Bewegung spielen. Ungewöhnlich an Berdings Essay ist, dass er neben dem reinen Sachteil auch Zitate von Liedtexten, Gedichten und weiteren Fundstücken einstreut. Sie erzählen eine eigene, emotionale Geschichte über Leben und Leute in kleinen Städten, Dörfern und suburbanen Regionen. Die Kleinstadt, „die Provinz“, ist auch ein literarischer Topos, der zur Vorstellung beziehungsweise Repräsentation von Kleinstädten und ländlichen Regionen dazugehört. Die Auswahl ist rein subjektiv und folgt keiner speziellen Logik. Die Zitate sind deshalb als Kästen abgehoben und bilden eine Illustration des Themas *sui generis*.

Dr. Berdings Ausführungen sollen einen Beitrag dazu leisten, wie eine mündige und selbstbewusste Bürgergesellschaft aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Raums mitwirken kann.

*Dr. Christof Eichert, Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung
Dr. Roland Löffler, Themenfeldleiter „Bürger und Gesellschaft“*

Bad Homburg/Berlin im Sommer 2015



THE
SILVER
LION
SONNTAG

OF GUTTEN
ABOLDA



Fleimsteiger Hofsteebräu

Einleitung

VON ULRICH BERDING

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik leben in Städten und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern. In der wissenschaftlichen Betrachtung wurden ländliche Regionen, Klein- und Mittelstädte jedoch lange Zeit vernachlässigt. Dabei fungieren die Siedlungsräume jenseits der großen Metropolen nicht nur als Wohnstandorte, sondern erfüllen auch wichtige Funktionen im Wirtschafts- und Arbeitsmarktangebot. Besonders spannend macht den suburbanen Raum seine Heterogenität und Widersprüchlichkeit: Je nach Region sind entweder wirtschaftliche Dynamik, Wohlstand und Bevölkerungswachstum kennzeichnend – oder das Gegenteil: Schrumpfung, Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Überalterung. Aus dem im Grundgesetz (Art. 72 Abs. 2) verankerten politischen Paradigma, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land herzustellen, erwächst eine anspruchsvolle politisch-gesellschaftliche Aufgabe: einem zu weiten Auseinanderdriften von prosperierenden und stagnierenden Regionen entgegenzuwirken und auch an peripheren und benachteiligten Standorten zur Bewahrung der Lebensqualität ein Mindestmaß an Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Umweltqualität und Erwerbsmöglichkeiten sicherzustellen. Dass diese Aufgabe nicht allein von staatlichen Akteuren bewältigt werden kann, sondern ebenso Akteure der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft betrifft, hat sich als Erkenntnis mittlerweile weitgehend durchgesetzt.

Gleichzeitig wächst das Bewusstsein dafür, dass sozialer Zusammenhalt in einer sich immer weiter pluralisierenden und polarisierenden Gesellschaft für die individuelle Lebensqualität mindestens ebenso bedeutsam ist wie Wohlstand und materielle Sicherheit. Hier stellt sich nun die Frage, wo und wie das soziale Leben in den ländlichen Regionen, in den kleinen und mittleren Städten stattfindet. Welches sind die öffentlichen Räume, in denen sich Menschen begegnen? Wo findet Gemeinschaft ihren Platz? An welchen Orten werden Konflikte ausgetragen? Wo wird gelernt, diskutiert, gefeiert? Und: Wer gestaltet diese Orte und Räume? Wer übernimmt

Verantwortung? Wer gehört dazu, wer ist außen vor? Wer sind die „Starken“, wer die „Schwachen“ – und wer kann sie wie zusammenbringen?

Am spannendsten stellen sich die Fragen in Kommunen, die unter wirtschaftlichen oder demografischen Druck geraten sind, die aber eine Chance für sich sehen, diesen Trend zu stoppen oder sogar umzukehren. Gerade diese Gemeinden sind herausgefordert, vorhandene Ressourcen zu mobilisieren und eigene Stärken und Potenziale zu entdecken oder gar neu zu (er-)finden. Welche Wege diese Orte dabei gehen können, welche Methoden sie entwickeln, soll dieser Essay in insgesamt fünf Annäherungsschritten nachgehen:

Im *ersten Kapitel* geht es zum einen um die Entwicklungen und Perspektiven suburbaner Regionen. Hier stehen vor allem Fakten und Bewertungen der ökonomischen, sozialen und demografischen Entwicklung von Klein- und Mittelstädten in Deutschland im Mittelpunkt. Der *zweite Abschnitt* beleuchtet die für diesen Essay zentrale Frage nach Gemeinschaft und sozialer Kohäsion in unserer Gesellschaft. Also: Was hält eine Gesellschaft zusammen, was treibt sie auseinander? Im *dritten Kapitel* erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum. Als Orte des öffentlichen, also des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen, Lebens kommt den Plätzen, Grün- und Freiräumen eine zentrale gesellschaftliche und politische Bedeutung zu. Deshalb wird näher beleuchtet, was sich hinter dem Begriff des öffentlichen Raums verbirgt und wie die Bedeutungen und Funktionen öffentlicher Räume einzuordnen sind. Da es in diesem Essay nicht „nur“ um eine inhaltliche Erörterung gehen soll, sondern auch um die Frage nach den praktischen Bezügen zur Gestaltung der Entwicklung suburbaner Städte und Gemeinden, werden im *vierten Kapitel* einige konkrete Handlungsansätze vorgestellt. Das exemplarische Spektrum reicht von sehr punktuellen Maßnahmen im Stadtraum bis hin zu ganzheitlichen und langfristigen Entwicklungsstrategien. *Fünftens* geht es um die Frage, was genau die unterschiedlichen Protagonisten der Orts- und Regionalentwicklung beitragen können, um sozialen Zusammenhalt im und durch den öffentlichen Raum zu unterstützen. Der Essay endet mit einer Reihe thesenartiger Zuspitzungen und Handlungsempfehlungen.

1. Entwicklungen und Perspektiven suburbaner Regionen

Großstädte sind Orte der Großkonzerne und der Hochkultur, hier finden Massendemos und Citymarathons statt, hier entstehen gesellschaftliche Trends. Metropolen sind der „Schmelzriegel der Kulturen“. Jenseits ihrer Grenzen aber beginnt das Land, die Provinz. Das Image des suburbanen und ländlichen Raums, geprägt von Dörfern, kleinen und mittleren Städten, schwankt zwischen heiler Welt und Rückständigkeit. Im besten Fall reizen Landluft, Landlust und bäuerlicher Charme den stressgeplagten Städter für ein Wochenende – der sich freut, zuhause nicht auf schnelles Internet und *Sushi-to-go* verzichten zu müssen. Auch wenn dies alles natürlich nur Klischees sind, so bleibt doch der Eindruck, dass es mit dem Ruf der Dörfer und der kleinen und mittleren Städte nicht zum Besten steht. Also: Was kennzeichnet den suburbanen Raum? Welche Bedeutung haben Dörfer und Kleinstädte als Orte des Wohnens und Wirtschaftens? Wie entwickeln sie sich? Was sind ihre Qualitäten, wo liegen Probleme und Herausforderungen?

Fakten

Beginnen wir mit einer grundlegenden Frage: Um welche Gemeinden geht es eigentlich? Erstaunlicherweise gilt bis heute die Definition des internationalen Statistiker-Kongresses in Rom aus dem Jahre 1887: Demnach wird unterschieden zwischen Landgemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern, Kleinstädten mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern, Mittelstädten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern und Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) verknüpft diese Größenklassen im Rahmen der laufenden Stadtbeobachtung mit den zentralörtlichen Funktionen. Die

Theorie eines Systems zentraler Orte wurde in den 1930er Jahren von dem deutschen Geografen Walter Christaller entwickelt und findet bis heute Anwendung. Demnach lassen sich Siedlungsräume in unterschiedliche Hierarchiestufen einteilen. Zentrale Orte höherer Hierarchiestufe weisen Ausstattungsmerkmale auf, die den Orten der niedrigeren Stufen fehlen, zum Beispiel bestimmte Verwaltungs-, Dienstleistungs- oder Versorgungsfunktionen. Gemäß der Einschätzung des BBSR haben Städte mit über 100.000 Einwohnern meist oberzentrale, mindestens jedoch mittelzentrale Funktion, Städte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern mittelzentrale Funktion und Städte zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern mindestens grundzentrale Funktion. Hat eine Gemeinde weder über 5.000 Einwohner noch mindestens grundzentrale Funktionen, handelt es sich um eine Landgemeinde. Eine derart strikte Einteilung bei sehr heterogenen Zusammensetzungen der einzelnen Gruppen fordert geradezu Widerspruch heraus. Kritiker verweisen dann auch auf die allgemeine Urbanisierung der ländlichen Gebiete sowie auf die gestiegenen Vorstellungen hinsichtlich der Ausstattung von Klein- und Mittelstädten. Demnach müssten Kleinstädte eher in der Größenordnung 20.000 bis 50.000 Einwohner und Mittelstädte bis 250.000 Einwohner eingeordnet werden. Darüber hinaus wird auch innerhalb Deutschlands keine einheitliche Einteilung praktiziert. Während in Westdeutschland Kleinstädten eine Größe zwischen 10.000 und 25.000 Einwohnern zugeordnet wird und Städte bis 250.000 Einwohner noch den Mittelstädten zugerechnet werden, werden in Ostdeutschland Kleinstädte mit einer Einwohnerzahl von 5.000 bis 15.000 Einwohner definiert.

Ungeachtet der statistischen Differenzierungen ist festzustellen, dass die Bedeutung der kleinen und mittleren Städte in Deutschland eher unterschätzt wird. Denn fast 56 Millionen Menschen in Deutschland wohnen außerhalb der Großstädte, und fast 75 Prozent der Gemeinden haben weniger als 5.000 Einwohner.² Darüber hinaus ist auch die wirtschaftliche Bedeutung der Klein- und Mittelstädte größer als gemeinhin vermutet wird; denn es entfallen immer noch mehr als 50 Prozent aller Arbeitsplätze auf die Klein- und Mittelstädte und fast 55 Prozent der Kaufkraft lässt sich auf die Bewohner dieses Stadtyps zurückführen.³ Zudem sind die meisten der rund 3,5 Millionen Betriebe und Unternehmen in Deutschland in Gemeinden und Klein- und Mittelstädten in der Fläche

angesiedelt. Auch der größte Teil der circa 40.000 Schulen und 50.000 Kindergärten und der rund 2.200 Krankenhäuser befinden sich in Klein- und Mittelstädten. Gerade im Bereich der Stadtentwicklung kommt den Mittel- und Kleinstädten damit eine besondere Bedeutung zu. Sie sind eben nicht nur Wohnstandorte, sondern erfüllen auch wichtige Funktionen im Wirtschafts- und Arbeitsmarktangebot.

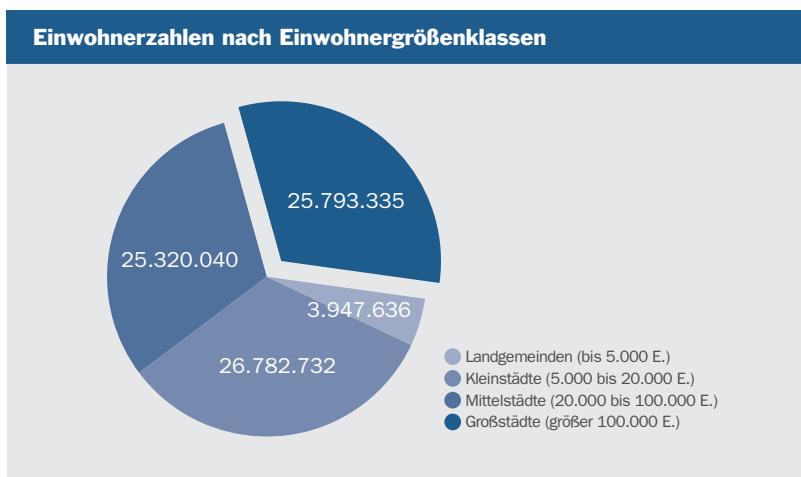


Abbildung 1 / Quelle: Statistisches Bundesamt: Daten aus dem Gemeindeverzeichnis 2011

Allerdings können diese allgemeinen Fakten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kleinen und mittleren Städte eine äußerst heterogene Gruppe darstellen. Mehr als die reine Größe beziehungsweise Einwohnerzahl ist die Frage entscheidend, wo eine kleine oder mittlere Stadt in Deutschland liegt. Liegt sie im Einzugsbereich oder Hinterland einer Metropole, also in einer Entfernung von etwa 50 bis 100 Kilometern, hat sie eine andere Funktion als eine Stadt, die fernab der Metropole tatsächlich zentralörtliche Funktionen ausübt. Betrachtet man die Karte mit den deutschen Metropolregionen (siehe Abbildung 2) und vergleicht sie mit der Verteilung der Stadt- und Gemeindetypen (siehe Abbildung 3), lässt sich feststellen, dass es nur wenige Klein- und Mittelstädte gibt, die wirklich außerhalb des Einflussbereichs der Metropolen liegen. Besonders schwierig sind die Entwicklungsherausforderungen in den peripher gelegenen ländlichen Räumen Ostdeutschlands, aber auch in Teilläufen Westdeutschlands.

Hierzu zählen unter anderem Ostbayern, Nordhessen, Südostniedersachsen, Teile des Nordseeküstenraums, der Eifel und des Saarlands.⁴ Doch selbst die in diesen Regionen liegenden Städte und Gemeinden haben sehr unterschiedliche Funktionen – sie können attraktive Orte für Touristen, von bestimmten Industriezweigen geprägt sein oder die immer weniger werdenden Einwohner mit den wichtigsten Dienstleistungen versorgen.

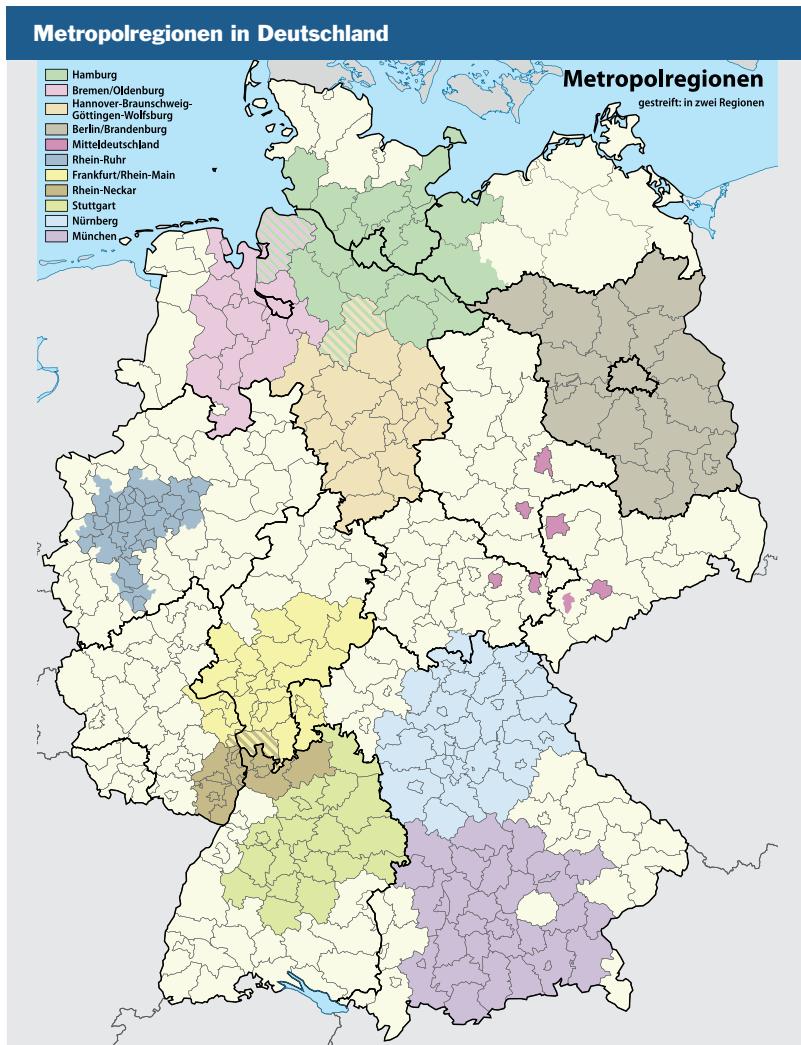


Abbildung 2 / Quelle: Wikipedia⁵

Stadt- und Gemeindetyp

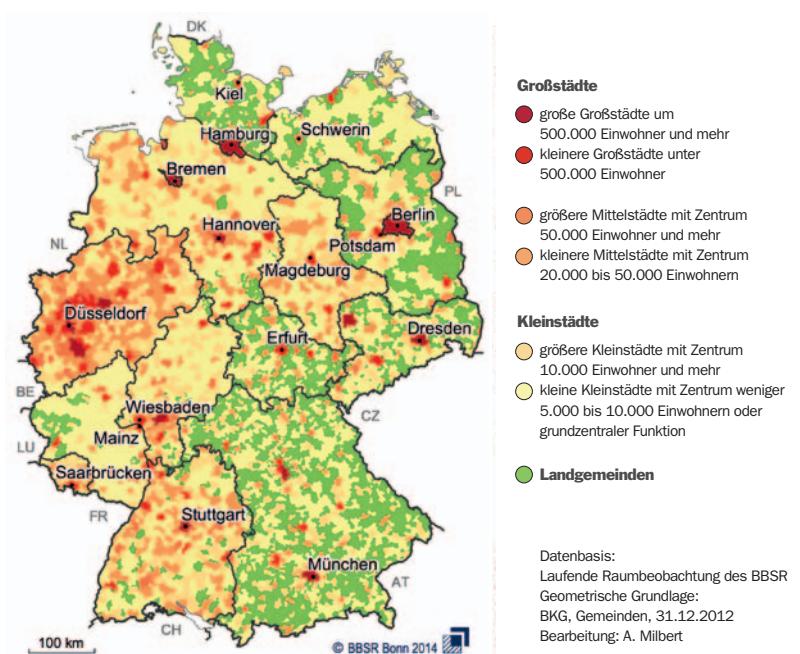


Abbildung 3 / Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung⁶

Damit sind kleinere und mittlere Städte, je nach Lage und Zustand des lokalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktes, von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Herausforderungen geprägt. Es gibt keine eindeutige räumliche Verteilung prosperierender oder schrumpfender kleinerer Städte: In allen Regionen Deutschlands gibt es sowohl wirtschaftsstarken als auch wirtschaftsschwachen Klein- und Mittelstädte.⁷ Innerhalb der metropolitanen Einzugsgebiete profitieren auch die kleineren Orte, wenn die großen Städte prosperieren. Außerhalb dieser Einzugsgebiete sind sie, wenn es an einem besonderen Profil fehlt, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung potenziell stärker gefährdet. Daher ist bei allen Überlegungen zum sozialen und kulturellen Leben oder zur wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung der Städte und Gemeinden jenseits der Metropolen genau und differenziert hinzusehen.

Neben der Heterogenität prägt auch die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen und Eigenschaften kleine und mittlere Städte. Zum einen gibt es häufig feststellbare Qualitäten, zum anderen bestimmte Probleme und Herausforderungen, denen sich zahlreiche Gemeinden stellen müssen.

Qualitäten

Ein Qualitätsmerkmal für viele kleinere Städte ist ihre baukulturelle Identität. Da im Zweiten Weltkrieg vor allem die großen Städte zerstört wurden, blieben viele kleinere Städte in ihrer Stadtgestalt mit tradiertem Baukörper erhalten. Viele kleine Städte leben von ihrem historischen Charme. Viele Bewohner leben darüber hinaus sehr gern in „ihrer“ kleinen Stadt, weil mit der geringen Größe auch eine gute Überschaubarkeit und ein engeres soziales Netz einhergehen. Statt großstädtischer Distanz und Anonymität schätzen viele Menschen die Möglichkeit, alltäglich Nähe und Verbundenheit zu erfahren. Dies gilt auch für die politischen und administrativen Strukturen: Die Wege innerhalb der kommunalen Verwaltung sind kurz, lokale Akteure, Politik und Verwaltung sind eng miteinander vernetzt. Für Lebensqualität sorgen auch die guten Umweltbedingungen in vielen kleineren Städten: Hier gibt es im Vergleich zu Großstädten weniger Verkehr, weniger Abgase, weniger Lärm sowie schneller erreichbare Grün- und Landschaftsräume. Nach einer Umfrage des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung schneiden Mittelstädte in Bezug auf die Qualität öffentlicher Parkanlagen und Grünflächen, die Gestaltung von Gebäuden, Straßen und Plätzen sowie das Angebot innerstädtischer Wohnungen im Vergleich zu Großstädten besser ab.⁸ Für Familien attraktiv sind darüber hinaus auch vergleichsweise niedrige Bauland- und Wohnungspreise, die das Wohnen im eigenen Haus oder in größeren Wohnungen erschwinglich machen.

Probleme und Herausforderungen

Dennoch stehen diese kleineren Städte vor einer ganzen Reihe von Problemen und Herausforderungen. Wie lebenswert und zukunftsfähig kleinere Städte sind, hängt nicht zuletzt von ihren Infrastrukturangeboten ab. Zu nennen sind hier zum Beispiel die Versorgung mit täglichem Bedarf, Ein-

richtungen zur Kinderbetreuung, Schulen, Gesundheitsversorgung, Post, Telekommunikation (Breitband), Bahnanschluss oder Freizeiteinrichtungen. Gerade diese Einrichtungen sind aber in strukturschwachen Regionen

Peter Bichsel

*Man hat von den scheußlichen Vorstädten gesprochen,
in denen nur noch geschlafen wird. Ist nicht vielleicht unsere
ganze Gegend zu einer solchen Schlaf-, Eß- und Arbeitsgegend geworden,
oder zu einer Fernsehgegend, zu einer Schallplattenhörgegend –
zu einer Gegend ohne Kultur?⁹*

gefährdet und zum Teil schon nicht mehr vorhanden. So sehen sich viele Klein- und Mittelstädte mit nur schwer lösbarer Entwicklungsproblemen konfrontiert. Diese lassen sich unter vier Schlagworten zusammenfassen:¹⁰

1. Abwanderung und demografischer Wandel

Prozesse der Deindustrialisierung und Globalisierung führen gerade in kleineren Städten oftmals zu massiven strukturellen Problemen. Gut 41 Prozent der Klein- und Mittelstädte in Deutschland schrumpfen:¹¹ Arbeitsplätze gehen verloren und Innenstädte büßen an Attraktivität ein. Damit fehlt es gerade jungen Menschen an Perspektiven für ihre Lebensgestaltung. Sie suchen und finden sie in den großen Städten und ihrem Umland, wo es eine universitäre Ausbildung und qualifizierte Arbeitsplätze gibt. In der Folge ziehen immer mehr, vor allem junge Menschen in die Großstädte und Ballungsgebiete. In vielen kleinen und mittleren Städten, die vom ökonomischen Strukturwandel betroffen sind, kommt es damit zu einer Schrumpfung der Wohnbevölkerung und zu einem Anstieg des Altersdurchschnitts. Die „Jungen“ gehen, die „Alten“ bleiben. Dies betrifft in besonderem Maße weite Gebiete Ostdeutschlands, aber auch zahlreiche Kreise in Rheinland-Pfalz, Nordhessen und Südniedersachsen.¹² Damit stehen kleine Gemeinden in einem besonders intensiven Wettbewerb um Bevölkerung, Arbeitsplätze und Entwicklungschancen, und zwar sowohl

untereinander als auch mit den großen Städten. Gleichzeitig wird die Betreuung, Unterstützung und Versorgung der älteren Bevölkerung zu einem zunehmend brisanten Thema dieser Gemeinden.



Handel und Wandel beleben die Innenstadt und schaffen Attraktivität.

2. Abkopplung

Der Strukturwandel und eine geringe Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung führen zu einer ökonomischen Abkopplung kleinerer und mittlerer Städte. Dies wird noch verstärkt durch einen fehlenden Anschluss an Innovations- und Wissensnetze, wodurch kreative und innovative Impulse gar nicht erst die Chance haben, in den abgekoppelten Kommunen wirksam zu werden. Mit teilweise ausbleibenden Investitionen im Bereich Kultur-, Einzelhandels- und Tourismusinfrastruktur wird diese Tendenz der betroffenen Gemeinden noch verstärkt. Darüber hinaus fallen viele peripherie ländliche Regionen auch technologisch immer weiter zurück. Gerade im Bereich leistungsfähiger Internetanschlüsse mit höheren Bandbreiten besteht nach wie vor eine deutliche Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten: Während 82,3 Prozent der städtischen Haushalte

Mitte 2014 eine Bandbreite ab 50 MBit/s zur Verfügung stand, hatten nur 20,5 Prozent der ländlichen Haushalte die Chance auf eine Netzverbindung dieser Qualität.¹³ Vor allem in peripheren ostdeutschen Gebieten zeigt sich eine hoch problematische Verbindung zwischen Erreichbarkeitsdefiziten, Abwanderung und Überalterung, unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft, hoher Arbeitslosigkeit und Infrastruktturnachteilen wie beispielsweise der unterdurchschnittlichen Breitbandversorgung.¹⁴

3. Abhängigkeit

Die sich gegenseitig verstärkende Dynamik aus Abwanderung, ökonomischer und infrastruktureller Abkopplung macht strukturschwache Kommunen sehr stark abhängig von externen finanziellen Ressourcen, vor allem von öffentlichen Strukturförderungsmitteln. Damit sind sie auch abhängig von politischen Weichenstellungen auf der Landes- und Bundesebene, wo die Lobby der großen Städte bislang deutlich stärker war als die der kleineren Städte: In der Vergangenheit flossen Fördermittel vor allem in Ballungsgebiete mit hoher Dichte.¹⁵ Eine Umkehrung von Abwärtstrends aus eigener Kraft ist vielerorts gar nicht mehr möglich, weil keine finanziellen Spielräume mehr vorhanden sind. Das geht so weit, dass bei Fördermaßnahmen selbst geringe Eigenanteile nicht mehr aufgebracht werden können, also selbst eine 90-Prozent-Förderung nicht ausreicht. Damit steigt auch die Abhängigkeit von (ausbleibenden) externen Investitionen durch Wirtschaftsunternehmen. Die Zentralen dieser Unternehmen liegen jedoch zumeist außerhalb der strukturschwachen Regionen, sodass es häufig keine große Motivation für ein wirtschaftliches Engagement an peripheren Standorten gibt.

4. Stigmatisierung

Der Rückzug von Wirtschaftsunternehmen, finanzielle Misere, Abwanderung und wachsende Arbeitslosigkeit lassen das Image der betroffenen Kommunen in den Keller sinken. Überörtliche Medien berichten über die katastrophalen Entwicklungen und tragen durch Schlagworte wie „Hauptstadt der Arbeitslosen“, „Pleitestadt“ oder „Armenhaus“ zu einer weiteren Stigmatisierung dieser Städte bei. Etwaige Restansätze positiver Entwicklungen werden so schon im Keim ersticken, und die Abwärtsspirale setzt sich fort.

Diese sich gegenseitig bedingenden Entwicklungen machen es vielen Kommunen extrem schwer. Die Kommunen bemühen sich verzweifelt um Fördermittel und versuchen, sich irgendwie in der interkommunalen Konkurrenz zu profilieren.

Fazit

Dörfer und kleine und mittlere Städte werden in ihrer Bedeutung nach wie vor unterschätzt. Ihre Heterogenität macht allgemeingültige Aussagen zu ihren Entwicklungsperspektiven schwierig. Es gibt jedoch Probleme und Schwierigkeiten, die auf viele Gemeinden zutreffen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob und wie gerade von wirtschaftlicher Schrumpfung, Bevölkerungsrückgang und Überalterung betroffene Gemeinden ihre Zukunft gestalten und im harten interkommunalen Wettbewerb bestehen können. Eine Herausforderung besteht hierbei darin, der Abhängigkeit von externer Unterstützung – seien es staatliche Fördermittel oder private Investoren – eigene Kräfte entgegenzusetzen und vorhandene Potenziale zu nutzen. Auf dem Spiel steht dabei nicht zuletzt auch der soziale Zusammenhalt der örtlichen Bevölkerung. Was hält die Gemeinschaft eines Dorfes oder einer Klein- und Mittelstadt zusammen, wenn die wirtschaftlichen Ressourcen schwinden?

2. Gemeinschaft und sozialer Zusammenhalt – soziale Realität oder unerreichbares Ideal?

Unsere Gesellschaft ist mehr denn je geprägt von einer großen Vielfalt der Kulturen, Milieus, Wertvorstellungen, Ressourcen, Herkunfts-nationen und Glaubensrichtungen. Zudem klafft die Schere zwischen den Wohlhabenden und Privilegierten auf der einen und den Einkommensschwachen und Benachteiligten auf der anderen Seite immer weiter auseinander. Hinzu kommen ein Vertrauensverlust in Politik und gemeinschaftliche Institutionen sowie abnehmende lokale Bindungen im Zuge von zunehmender Mobilität und Flexibilität. Aus diesen Grundvoraussetzungen können vielfältige gesellschaftliche Spannungen entstehen, die Gefühle von Angst und Gefährdung schüren und ein produktives gesellschaftliches Miteinander schwierig werden lassen. Es stellen sich die Fragen: Was hält die Gesellschaft zusammen? Was macht eine „Gemeinschaft“ aus? Wie geht die Gesellschaft mit Diversität, also mit der Vielfalt der Kulturen und Lebensstile um?

Gesellschaftliche Vielfalt – gesellschaftliche Polarisierung

Der soziale Wandel zu einer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft mit sich stark ausdifferenzierenden Milieus ist ein oft beschriebener und fortdauernder Prozess. Nach wie vor ist zwar eine Klassen- oder Schicht-struktur erkennbar, aber innerhalb der Unter-, Mittel- und Oberschicht gibt es eine Vielzahl von Milieus, die sich nach dem Ausmaß ihrer Tradition-verhaftung beziehungsweise ihrer Modernität voneinander unterscheiden. Eine verbreitete Form der Beschreibung und Darstellung der verschiedenen gesellschaftlichen Milieus stellt die aus der Zielgruppenanalyse zu Marktforschungszwecken entwickelte Konzeption des Heidelberger Sinus-Instituts dar. Unter Milieu werden gesellschaftliche Gruppen verstanden,

die sich nach persönlicher Lebenswelt, Lebensstil, sozialen Status, Wertorientierungen und Alltagseinstellungen unterscheiden. Innerhalb der einzelnen sozialen Schichten beziehungsweise Lagen finden sich mehrere soziale Milieus „nebeneinander“. Sie unterscheiden sich nach dem Grad ihrer Modernität (traditionell, modern, postmodern). Die einzelnen Milieus werden unterschiedlich stark vom Wertewandel und von der gesellschaftlichen Individualisierung geprägt. Die Angehörigen des „traditionellen Milieus“ und des „konservativ-establierten Milieus“ weisen beispielsweise Haltungen auf, die dem Bewahren, den Pflichten der Menschen und ihrer Eingebundenheit in Regeln großes Gewicht geben. Auf der anderen Seite stehen die „modernen“ Milieus der „Hedonisten“, der „Adaptiv-Pragmatischen“, der „Performer“ und der „Expeditiven“, in denen die Menschen dem jeweils Neuen nachstreben und sich als individualisierte Menschen relativ losgelöst von Bindungen und Zugehörigkeiten empfinden.

In unserer von Zuwanderung geprägten Gesellschaft machen zudem auch Menschen mit Migrationshintergrund einen erheblichen Teil der Bevölkerung aus. Innerhalb der Migrationsgesellschaft lassen sich ebenfalls Milieus differenzieren, die sich deutlich von denen der einheimischen Bevölkerung unterscheiden. Allerdings sind hier – anders als zu vermuten wäre – nicht die Herkunftsationen das entscheidende Merkmal, sondern das Vorherrschende religiöser oder individualisierter Werthaltungen. Weder bei Einheimischen noch bei Migranten sind die Grenzen zwischen den Milieus klar unterscheidbar. Die Übergänge sind fließend, und viele Menschen lassen sich nicht exakt einem bestimmten sozialwissenschaftlich definierten Milieu zuordnen. Zudem verändern sich Milieus im Laufe der Zeit, werden größer oder kleiner, verschwinden oder teilen sich auf. So hat sich der Anteil der als traditionell zu bezeichnenden Milieus seit den 1980er Jahren fast halbiert, weil die diesen Milieus zugehörigen Menschen langsam verstarben. Auch das bis 2010 bestehende Milieu der „DDR-Nostalgiker“ ist mittlerweile in die Milieus der „Traditionellen“ und der „Bürgerlichen Mitte“ aufgegangen. Generell sind die Milieus in ständiger Bewegung. Vor allem auf der Seite der „modernen“ Milieus wird ein steter gesellschaftlicher Wandel erkennbar. Trotz der „weichen“ Grenzen lassen sich die verschiedenen Milieus aber durchaus voneinander unterscheiden. Menschen einer bestimmten Milieu- und Lebensstilgruppe suchen die Nähe zu ähnlich

lebenden und denkenden Menschen und versuchen, in der Nachbarschaft oder im eigenen Haus mit diesen Menschen zusammenzuleben.

Sten Nadolny

Auf dem Titelblatt der Zeitung war eine afghanische Soldatin zu sehen, im Offiziersrang vermutlich, eine reife Schönheit mit exakt gemalten Lippen, stark nachgezeichneten Augenbrauen, reichlich Gesichtspuder und Wimperntusche. Unter der majestätisch hohen grün-schwarzen Schirmmütze mit Goldverzierung und Hoheitszeichen trug sie ein Kopftuch, das Haar und Ohren bedeckte. Überschrift: „Weibliche Offiziere in Afghanistan“.
Die Lokalnachrichten waren sparsam wie immer: Traunstein fühlte sich fit für die Zukunft, Ruhpolding beging den Tag der offenen Stalltür. Ein ruhiges Land.¹⁶

In den gesellschaftlichen und politischen Debatten um soziale Segregationsprozesse spielen jedoch das „Reichenghetto“ oder das sozial homogene Einfamilienhausgebiet selten eine Rolle, weil hier anscheinend wenig gesellschaftliche Brisanz und politischer Handlungsbedarf gesehen wird. Hier greift der von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu beschriebene „Klub-Effekt“: Sich als privilegiert empfindende Bevölkerungsgruppen schließen andere Gruppen aus, die „nicht alle erwünschten Eigenschaften oder eine der unerwünschten Eigenschaften aufweisen“¹⁷. Ressourcen und Einfluss dieser Gruppen sind groß genug, um – zumindest an den von ihnen selber bevorzugten Orten – die Regeln zu definieren, nach denen sich alle Gruppen zu richten haben. Daher ist Segregation in Ballungsräumen wie auch in Kleinstädten, wenn auch in unterschiedlicher Ausformung, die Normalität. Die Entmischung, die räumliche beziehungsweise soziale Segregation der Gesellschaft ist ein Vorgang, der – auch – Konsequenz einer zunehmenden sozialen Ausdifferenzierung und Pluralisierung ist. Dabei ist die Ungleichverteilung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

kein neues Phänomen. Schon immer waren menschliche Ansiedlungen gekennzeichnet sowohl durch verschiedene räumliche Lagequalitäten als auch durch soziale Unterschiede. Arme und Reiche, Privilegierte und Benachteiligte, Etablierte und Außenseiter verfügten über unterschiedliche Ressourcen und unterschiedlichen Status und wohnten entsprechend in verschiedenen Teilen des Ortes. Die Wohn- und Lebensqualität ergibt sich nicht zuletzt aus den – oft teurer bezahlten – „Situationsrenditen, die sich ergeben aus der Ferne zu unerwünschten Dingen und Personen beziehungsweise durch die Nähe zu seltenen und begehrten Dingen [...] und Personen“¹⁸, die etwa Ruhe und Sicherheit versprechen. Ernsthaftige Störungen dieser Wohngebiete, beispielsweise durch den Bau von Sozialwohnungen oder Flüchtlingsunterkünften, würden die „Situationsrendite“ für die dort wohnenden, kommunikationsstarken und einflussreichen Bevölkerungsgruppen empfindlich schmälern und wahrscheinlich schnell zu deutlich wahrnehmbaren Protesten führen.

Segregation ist in Ballungsräumen wie auch in Kleinstädten, wenn auch in unterschiedlicher Ausformung, die Normalität.

Rolf Dieter Brinkmann

Vechta i. O.

*Von Höhe
der Badeanstalt aus
gesehen (wo Alex
der Weißrusse
in schwarzem Trikot
die ersten Schwimmversuche
überwacht: er spricht
noch immer gebrochen
Deutsch) ein
grünes Loch
in dem die Kinder
Jahr für Jahr
ertrinken.¹⁹*

Die Akzeptanz gesellschaftlicher Diversität, das zeigt eine 2013 veröffentlichte Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung und der Jacobs University Bremen, ist in Deutschland im internationalen Vergleich generell nur mittelmäßig ausgeprägt. Der Trend geht in Deutschland damit seit 1989 in Richtung abnehmender Akzeptanz von gesellschaftlicher Diversität. Diese Entwicklung ist insofern problematisch, als gerade in der Integration, der Teilhabe von generell „Andersartigen“, Potenziale für die Mehrheitsgesellschaft liegen.²⁰

Gesellschaftlicher Zusammenhalt – was ist das?

Der Faktor „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist keine feste Größe, sondern eher ein Indikator, ein „Stimmungsanzeiger“, der beschreibt, wie es um die Qualität des Miteinanders in einem Land, einer Region oder einer Gemeinde bestellt ist. So wird gesellschaftlicher Zusammenhalt derzeit vornehmlich beschrieben durch das Vorhandensein, die Abwesenheit und die Qualität von

- » sozialen Beziehungen (soziale Netzwerke, Partizipation, Vertrauen und die Akzeptanz von Diversität),
- » Verbundenheit (Gefühle der Zugehörigkeit und Identifikation) und
- » Gemeinwohlorientierung (gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein, Solidarität und die Anerkennung sozialer Ordnung).

Verschiedene Studien haben sich über das vergangene Jahrzehnt und auch darüber hinaus mit der Frage nach den Qualitäten des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ beschäftigt. Dabei kamen sie zu durchaus voneinander abweichenden Ergebnissen. Eine repräsentative Umfrage des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld 2011 ergab, dass über 70 Prozent der Befragten der Auffassung waren, die Gesellschaft falle immer mehr auseinander. Fast die Hälfte meinte, dass der Zusammenhalt in Deutschland gefährdet sei.²¹ Laut Freiwilligensurvey, der im Auftrag der Bundesregierung erstellten, umfassendsten und detailliertesten quantitativen Untersuchung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland, sagten 58 Prozent der Befragten im Jahr 2004, der Zusammenhalt sei „sehr gut“ oder „gut“. Die Tendenz ist hier steigend: 2009 gaben 62 Prozent der Befragten

an, der gesellschaftliche Zusammenhalt in ihrem Bezugsraum (Dorf/Heimatort/Wohnviertel) sei „sehr gut“ oder „gut“. Der Freiwilligensurvey ermöglicht zudem einen differenzierteren Blick. So wird in eher ländlichen beziehungsweise dünn besiedelten Wohnvierteln der Zusammenhalt höher eingeschätzt als in den Innenstädten der Ballungsräume. Die Autoren des Freiwilligensurveys begründen dies zum einen mit der höheren Bevölkerungskonzentration und zum anderen mit der größeren sozialen und kulturellen Vielfalt der innerstädtischen Wohngebiete. Dadurch entstünden eine „gewisse Abgrenzungsneigung und soziale Unverbindlichkeit“, die zu einem niedrigeren Niveau von Zusammenhalt führe.²²

Das „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung betrachtet von 1989 bis heute 34 westliche Staaten, darunter auch alle EU-Mitglieder. Die Studie vergleicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Sinne der Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders. Die Verfasser betonen, dass moderne Gesellschaften auf „Solidarität [beruhen], die auf Verschiedenheit und gegenseitiger Abhängigkeit fußt“.²³ In diesem Sinne müsse die Vielfalt der Lebensstile als Stärke moderner Gesellschaften begriffen werden. Die Untersuchung definiert einen Kriterienkatalog mit den drei Bereichen „soziale Beziehungen, Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und Gemeinwohlorientierung“. Im Ergebnis kann die Studie Deutschland nur „Mittelmaß“ beim Zusammenhalt bescheinigen. Die Schwächen Deutschlands liegen demnach vor allem bei der „Akzeptanz von Diversität“ sowie bei der „Identifikation mit der Nation“.²⁴ Der relative Mangel an Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt sei, so die Verfasser der Studie, insbesondere angesichts des demografischen Wandels und eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels problematisch, weil Deutschland in Zukunft auf Einwanderung und eine attraktive Willkommenskultur angewiesen sei. Positiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wirke sich hoher Wohlstand bei relativ geringen Einkommensunterschieden aus. Darüber hinaus wird betont, dass die Studie keinen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Migranten und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nachweisen kann. „Einwanderung und gesellschaftliche Vielfalt sind kein grundlegendes Hindernis für gesellschaftlichen Zusammenhalt.“²⁵

Fazit

Die gesellschaftliche und vor allem gesellschaftspolitische Aufgabe besteht also darin, den vorhandenen gesellschaftlichen Wohlstand gleichmäßiger als bisher zu verteilen und ein Klima der Offenheit gegenüber einer Vielfalt der Lebensstile, Ethnien und Kulturen zu befördern. Bislang standen hierbei die Großstädte als Ankunftsorte für Einwanderer, als „Schmelzkiegel der Kulturen“ und als Labore gesellschaftlicher Vielfalt im Mittelpunkt der politischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Langsam reift jedoch die Erkenntnis, dass auch ländliche Regionen, der suburbane Raum, die Klein- und Mittelstädte einerseits eine nicht zu unterschätzende Bedeutung als Orte gelebten und praktizierten Zusammenhalts haben – sich andererseits aber auch gerade hier gesellschaftliche Spannungen und abweisendes Verhalten gegenüber „anderen“ als besonders brisant erweisen können. Eine Frage, für Großstädte wie für Klein- und Mittelstädte, ist die nach den Orten, an denen gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und erlebbar werden kann. Im Allgemeinen wird hier den „öffentlichen Räumen“ eine entscheidende Rolle zugewiesen. Die sozial segregierte oder diversifizierte, exklusive oder inklusive Öffentlichkeit konstituiert sich in den öffentlichen Räumen. Im folgenden Kapitel wird daher der Frage nachgegangen, was sich hinter dem Begriff des öffentlichen Raums verbirgt und welche Bedeutungen öffentliche Räume (auch) als Orte gesellschaftlichen Lebens und Zusammenhalts besitzen.

3. Der „öffentliche Raum“ – Definitionen und Projektionen

Öffentliche Räume als zentrales Handlungsfeld der Stadtplanung sind immer Inhalt der fachlichen Auseinandersetzung gewesen. In den letzten Jahren hat sich die Diskussion jedoch intensiviert, was die praktische und wissenschaftliche Relevanz des Themas bestätigt. Die Kontinuität der Diskussion weist auch darauf hin, dass die Entwicklung der öffentlichen Räume in einem ständigen Wandel begriffen ist und permanenten Veränderungen unterliegt. Obwohl dieser Wandel oft als Krise wahrgenommen wird, große Unschärfen und konträre Beobachtungen den Diskurs belasten, lässt sich nicht bestreiten: Die öffentlichen Räume sind von großer Bedeutung nicht nur für die großen, sondern auch für die kleineren und mittleren Städte. Sie unterliegen unzähligen Einflüssen, und ihr Wandel bringt immer wieder neue Herausforderungen mit sich.

Was ist der „öffentliche Raum“?

Am Beginn einer Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum sollte die Frage beantwortet werden, worum es eigentlich geht. Eine schnelle Definition des öffentlichen Raums könnte lauten: „Öffentlicher Raum ist die Gesamtheit aller Flächen in einem Gemeindegebiet, die für die Allgemeinheit zugänglich sind.“

Diesem umfassenden Verständnis stehen jedoch verschiedene engere Fassungen des Begriffs gegenüber, die aus einzelnen Aufgabenfeldern, disziplinären Zugängen und/oder normativen Setzungen resultieren. Danach findet die Bezeichnung „öffentlicher Raum“ vorrangig oder ausschließlich Anwendung in Bezug auf:

- » baulich gefasste Stadträume,
- » nach oben offene Freiräume,
- » bestimmte Raumtypen („Platz“, „Park“ etc.),
- » in erster Linie von Fußgängern genutzte Stadträume,
- » Flächen, die im Eigentum der Kommune sind beziehungsweise von ihr bewirtschaftet werden,
- » Räume, die für jedermann zu jeder Zeit ungehindert zugänglich sind.

Mit der Anwendung von einem oder mehreren dieser Merkmale werden unterschiedlich große Teile der tatsächlich öffentlich genutzten Räume aus der Betrachtung ausgeschlossen. So gibt es praktisch überall unterschiedlich weitreichende Zugangs- und Nutzungsregulierungen und, wo dies nicht der Fall ist, können die Räume doch von bestimmten Gruppen dominiert und andere ausgeschlossen werden. Damit wird deutlich, dass die Frage, was ein öffentlicher Raum ist, maßgeblich vom Verständnis von „Öffentlichkeit“ und – als Gegenbegriff – von „Privatheit“ abhängt. Die Debatte zur Stadtentwicklung ist im Hinblick auf die öffentlich nutzbaren Räume maßgeblich vom Wandel des Verständnisses von „öffentliche“ und „privat“ beeinflusst. Zunächst haben die Ausführungen des deutschen Soziologen Hans Paul Bahrdt aus dem Jahr 1961 das Verständnis von den offenen Räumen in den Städten nachhaltig geprägt. Er thematisiert in seinen Überlegungen zum offenen Raum eine „öffentliche“ und eine „private“ Sphäre. Seine These lautet: „Eine Stadt ist eine Ansiedlung, in der das gesamte, also auch das alltägliche Leben, die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, das heißt entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in dem der Privatheit stattzufinden. Es bilden sich eine öffentliche und eine private Sphäre, die in engem Wechselverhältnis stehen, ohne dass die Polarität verloren geht.“²⁶ Dabei macht dieses Zitat deutlich, dass Bahrdt zunächst nicht von „Räumen“, sondern vom „Leben“ spricht. Dessen ungeachtet entstand insbesondere in der städtebaulichen Diskussion die vereinfachende Vorstellung, man habe es in den Städten entweder mit öffentlichen oder mit privaten Räumen zu tun. Was Bahrdt aus sozialwissenschaftlicher Perspektive konstatiert hat, wurde unverändert für die städträumlichen Betrachtungen übernommen. So verbreitete sich die Annahme, dass auch die Produktion, also die Entwicklung, Gestaltung und Pflege von Räumen allein der einen oder anderen Sphäre zuzuschreiben sei.

Ein wichtiger Auslöser für die sich wandelnde Wahrnehmung ist die Diskussion um die Privatisierung öffentlicher Räume. Zuletzt verstärkte sich der Eindruck, dass privaten Akteuren ein zunehmender Einfluss auf die negativen Veränderungen in diesen Räumen zugeschrieben wird. So beschreiben zahlreiche Autoren sehr kritisch Tendenzen wachsender Kommerzialisierung, Festivalisierung und Privatisierung öffentlicher Räume – ohne dabei jedoch genauer zu untersuchen, welchen Einfluss private Akteure in alltäglichen Stadträumen tatsächlich innehaben und wie dieser sich – vielleicht gerade in jüngster Zeit – verändert. Die Debatte ging zunächst auch von einem „Entweder-oder-Denken“ aus: Wo Privates ist, kann Öffentliches nicht sein. Doch bei genauerer Betrachtung und differenzierter Beschreibung zeigt sich, dass sich in ein und demselben Raum „Öffentliches“ und „Privates“ überlagern kann. Im privaten Eigentum befindliche Räume werden öffentlich genutzt, Räume im öffentlichen Eigentum werden mit privaten Mitteln umgestaltet und/oder durch private Sondernutzungsrechte belegt. Dies alles beschränkt sich keinesfalls auf einige wenige Ausnahmefälle oder die in diesem Zusammenhang schnell assoziierte *Shopping Mall*. Jüngere Forschungen zeigen, dass Überlagerungen von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten in vielen Stadträumen und in Städten aller Größenordnungen zu finden sind.

So konträr die in der Diskussion um den öffentlichen Raum angesprochenen Beobachtungen sind, so breit gefächert sind die jeweiligen Ansätze zur Erläuterung der Wirkungszusammenhänge. Wie auch immer die Folgen und Konsequenzen privater Einflussnahme auf öffentlich nutzbare Räume bewertet werden, die Diskussion macht deutlich, dass öffentlicher Raum in besonderer Weise im Spannungsfeld öffentlicher und privater Aktivitäten liegt und die Entstehung und Entwicklung dieser Räume von durchaus divergierenden – kommunalen, privaten und intermediären – Interessen geprägt sind. Auch historische Rückblicke bestätigen, dass derartige Überlagerungen in europäischen Städten kein neues Phänomen sind. Es handelt sich also um ein vielschichtiges Thema, das präziser Differenzierungen bedarf – insbesondere bezüglich der Verteilung der Kompetenzen und der Ausgestaltung der Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Akteuren.²⁷ Ganz deutlich haben sich in den letzten Jahrzehnten die sozialen Regeln für die Nutzung öffentlicher Räume verändert. So stellt der

Philosoph Thomas Ebers in Abgrenzung zu Bahrdt fest: „Öffentlichkeit und Privatheit sind heute nicht mehr einander ausschließend zu denken.“²⁸ Der vermeintlichen Eindeutigkeit der sozialen Raumcharaktere steht ein erheblich facettenreicherer Alltag der Raumnutzer gegenüber. Nicht nur nimmt früher als „privat“ bezeichnetes Verhalten im öffentlichen Raum zu, das Verhalten in Stadträumen unterschiedlicher Art differenziert sich auch je nach Nutzungskontext und sozialem Umfeld stark aus. Hanno Rautenberg, Feuilleton-Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT, resümiert: „[D]ie meisten Menschen [führen] ein unpolarisiertes Leben, ein Leben voller Übergänge.“²⁹

Zu dieser Entwicklung trägt auch die Verbreitung mobiler Kommunikationstechniken bei, die mittlerweile bis tief in die ländlichen Regionen hinein reicht: Mit der parallelen Präsenz des Smartphone-Nutzers im öffentlichen Raum und in den sozialen Medien entsteht „Bilokalität“³⁰ – verbunden mit entsprechend mehrdeutigem Verhalten im physischen Raum. Damit wird zugleich auf eine weitere Diskussion verwiesen, die seit Ende der 1990er Jahre geführt wurde: Skeptiker befürchteten, dass digitale Technologien eine Bedrohung für die sozialen Funktionen der Stadträume bedeuten und „Funktionen des öffentlichen Raums in die Privatsphäre der Wohnung“³¹ verlagert werden könnten. Doch diese Skepsis wird vor allem von Vertretern der jüngeren Generation nicht geteilt: „Anders als von Kulturstressisten prophezeit, bringt das Internet das öffentliche Stadtleben nicht zum Aussterben oder führt gar zu Verfall und Ende des öffentlichen Stadtraumes, sondern evoziert vielmehr eine lebendige und vielschichtige Renaissance des öffentlichen Raumes in der europäischen Stadt.“³² Dieser kurze Überblick verweist auf die Vielschichtigkeit des Themas und macht deutlich, dass die Auseinandersetzung mit öffentlich nutzbaren Räumen genauer Differenzierungen bedarf – insbesondere bezüglich der Verteilung der Kompetenzen und der Ausgestaltung der Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Akteuren. Das heißt also: Wer von öffentlichen Räumen redet, muss von Übergängen sowie Überlagerungen reden und die verschiedenen Ausprägungen berücksichtigen, die sich aus Gestalt, Verfügung, Eigentum, Nutzung und Aneignung der Räume ergeben.

Bedeutungen und Funktionen des öffentlichen Raums

Die Gründe für die Auseinandersetzung mit den öffentlichen Räumen waren und sind vielfältig: Kulturelle, soziale, politische, ökologische und ökonomische Argumente spielten und spielen eine Rolle. Zu allen fünf Betrachtungsweisen seien hier einige Stichworte genannt:

Stadtkultur: Identitäten der Stadt

Öffentliche Räume bilden das Grundgerüst, den „Grundriss“ der Städte. Sie sind aus der Vogelperspektive beziehungsweise im Stadtplan häufig auf den ersten Blick zu identifizieren. Gerade in kleinen und mittleren Städten sind es diese einzelnen Straßen und Plätze, die der Stadt ihre Identität geben und sie unverwechselbar machen können. Zugleich sind sie oft konstante Elemente der Stadtstruktur und überdauern lange Zeiträume – selbst gravierende Einschnitte wie Naturkatastrophen oder Kriege. Sie sind damit Träger von Bedeutungen, Erinnerungen und Geschichten, verdichten sich zum Bild einer Stadt und können als solches Teil des kollektiven Gedächtnisses werden. Der Zustand der öffentlichen Räume und das Leben in ihnen prägen wesentlich das Bild, das sich Bewohner und Besucher von einer Stadt machen. Entsprechend standen Straßen und Plätze schon in den literarischen Stadtbeschreibungen des Mittelalters im Zentrum der Betrachtung. Auch heute genießen Abbildungen öffentlicher Räume, insbesondere von Plätzen und Straßen in zentralen Lagen, eine übergeordnete Rolle – und werden zum Beispiel intensiv für das Stadtmarketing genutzt. Öffentliche Räume sind zudem die letzten nicht-institutionalisierten Orte für kulturelles Leben jeder Art. Dies spielt nicht nur auf die dortige Platzierung von Kunstobjekten an, sondern bezieht die Gestaltung der Räume selbst ein und verweist auf ihre Nutzung als Orte für Aufführungen, Inszenierungen, Interventionen und (temporäre) Installationen.³³ Auch die Bemühungen um (Stadt-)Baukultur haben daher die Plätze und Parks der Städte nicht nur zum Gegenstand, sondern nutzen sie als Orte für Aktionen und Interventionen (siehe hierzu auch Kapitel 4: Strategien, Konzepte und Projekte).

Soziale Stadt: Nutzbarkeit, Offenheit, Toleranz

Öffentlicher Raum ist von eminenter sozialer Bedeutung: Hier finden Aneignungsprozesse, Kommunikation und Sozialisation statt. Das gilt generell für alle Stadtbewohner, aber speziell für Nutzergruppen, die gezielt auf solche Angebote angewiesen sind – zum Beispiel Kinder und Jugendliche; besonders jene, die sonst keinen oder kaum Zugang zu wohnungsnahem Freiraum haben. Öffentliche Räume sollten dementsprechend ausreichend Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten sowie gefahrlos nutzbare Streifräume für Kinder und Jugendliche bieten. Handlungsprogramme wie „bespielbares Quartier“ oder „kinderfreundliche Stadt“ hatten und haben daher nicht von ungefähr immer Schwerpunkte im Bereich „öffentlicher Raum“.

Öffentlicher Raum ist aber immer auch der Raum in der Stadt, in dem Bedrohung, Unsicherheit oder Ausgrenzung erlebt werden. Die Frage nach der subjektiven Sicherheit im öffentlichen Raum war lange vor allem in den Großstädten ein Thema, ist mittlerweile aber auch in den kleineren Städten angekommen. Insofern ist es naheliegend, dass die Diskussionen um *gender-sensitive* Planung ebenso wie die Frage nach dem Umgang mit einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft einen besonderen Fokus auf öffentliche Räume richten. In der Regel wird die Präsenz bestimmter Randgruppen der Gesellschaft, zum Beispiel Drogenabhängige, Obdachlose oder Bettler, problematisiert. Diese Gruppen werden von den einen als Störung und Bedrohung empfunden, gehören aber nach Auffassung anderer unabdingbar auch zum Bild des öffentlichen Raumes eben als Beweis seiner Öffentlichkeit. Zugleich ist die Frage aufzuwerfen, von wem diese Nutzergruppen als Problem angesehen werden. Möglicherweise sind es einige Geschäftstreibende und, in vorauselendem Gehorsam, kommunale Entscheider. Es gibt jedoch zahlreiche Indizien dafür, dass die Reibungen mit „unerwünschten Nutzergruppen“ durchaus nicht die Schärfe haben, die ihnen oft unterstellt wird. Neueste Untersuchungen³⁴ weisen darauf hin, dass die meisten Nutzer des Stadtraums diese Gruppen als Bestandteil der Gesellschaft ansehen und ihnen damit durchaus das Recht zugestehen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Es zeigt sich zudem, dass auch stark frequentierte Fußgängerzonen, 1A-Lagen mit hohen Umsätzen, durchaus die Präsenz sozial Benachteiligter ohne

Kaufkrafteinbußen überstehen. Unverträglichkeiten oder offen ausgetragene Konflikte zwischen einzelnen Nutzergruppen stellen – wie Studien zu stark frequentierten innerstädtischen Plätzen zeigen³⁵ – immer noch absolute Ausnahmen dar.

Moritz von Uslar

*Wer brauchte die Beschreibung von Trostlosigkeit?
Bestand die Möglichkeit – das wäre ja eine irre Aussicht –,
dass die Trostlosigkeit sich durch ihre detaillierte Beschreibung
in einen besser zu ertragenden Zustand verwandelte?
Nein. Anders. Kitsch-Käse. Leider: alles Quatsch.³⁶*

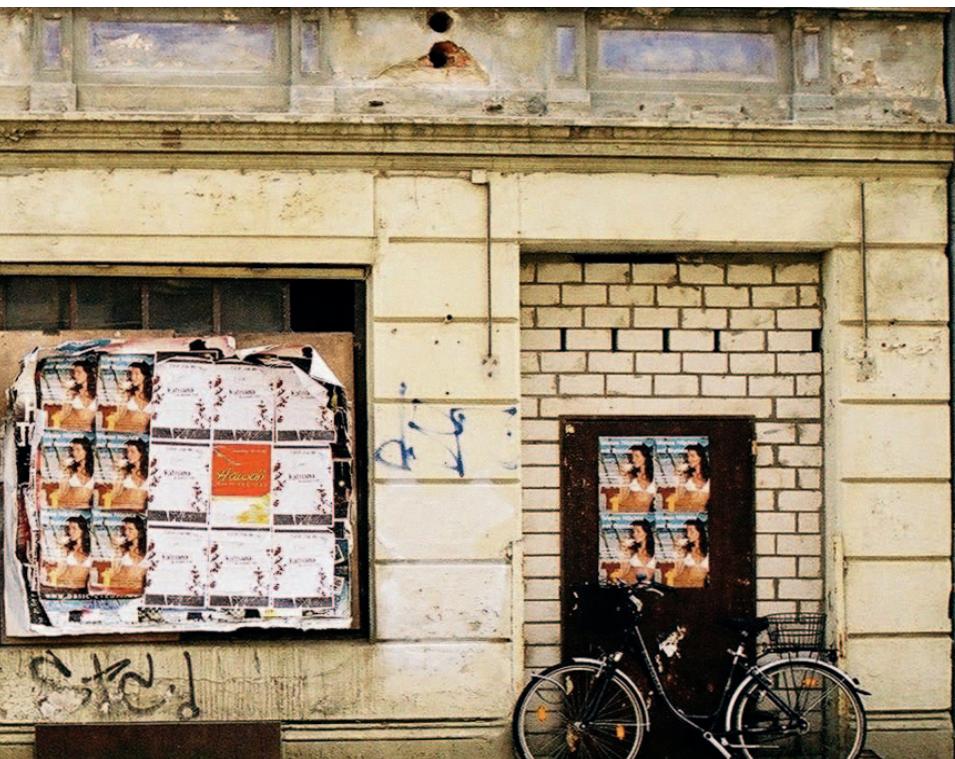
Besonders im Hinblick auf Klein- wie Mittelstädte und den ländlichen Raum stehen – zumindest in den von Bevölkerungsrückgang und Schrumpfung betroffenen Gebieten – nicht so sehr potenzielle Nutzungs-konflikte im Vordergrund, sondern die generelle Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens und ihrer Infrastruktur sowie deren Pflege und Unter-haltung. Öffentliche Stadträume werden unter diesen Rahmenbedingun-gen vorwiegend als Projektionsflächen für Stadtumbauprojekte verstanden, deren Ziel eine städtebauliche Aufwertung vor Ort ist. Damit verbunden ist einerseits die Hoffnung, durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen im Konkurrenzkampf der Städte um Einwohner und Gewerbeansiedlun-gen zu bestehen, andererseits ist dies die Konzession an die Einsicht, dass öffentliche Räume generell eine integrative Bedeutung für die Stadtgesell-schaft beziehungsweise eine Gemeinde besitzen. Problematisch ist hierbei die kommunale Finanzknappheit, gerade in schrumpfenden Regionen und Gemeinden. Einsparungen sind bei Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen an der Tagesordnung; oft werden diese an Dritte vergeben, und der Auf-wand wird deutlich reduziert. In schrumpfenden Gebieten entsteht so ein Missverhältnis zwischen einer wachsenden Zahl an Frei- und Grünflächen auf der einen und gleichbleibenden beziehungsweise abnehmenden kom-munalen Mitteln auf der anderen Seite.



Auch unter Schrumpfungsbedingungen bleiben öffentliche Räume wichtige Aufenthaltsorte in der Stadt beziehungsweise Gemeinde, auch wenn geringer werdende Nutzungsdichten und Aktivitätsniveaus zu verzeichnen sind. Die nachlassende Pflege- und Instandhaltung kann hier negativ verstärkend wirken, zum Beispiel wenn durch mangelnde Wartung Wege nicht mehr gut begehbar oder nicht mehr beleuchtet sind. Das ohnehin schon geringe Pflege- und Instandhaltungsniveau sinkt bei rückläufigen Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzahlen weiter ab.

Stadtpolitik: Kernkompetenz Öffentlicher Raum

Öffentlicher Raum wurde und wird auch immer mit Politik in Zusammenhang gebracht: Hier sieht man die Orte für politische Reden, Versammlungen und Demonstrationen. Die Freiheit zur politischen Meinungsäu-



Verlassene Häuser in Stralsund.

Berung gilt geradezu als Gradmesser für die „Öffentlichkeit“ eines Ortes. Wo sich die Gesellschaft politisiert, wird auch der städtische Raum als politischer Raum wieder interessant. Wenn heute unter (stadt-)politischen Gesichtspunkten vom Aufmerksamkeitsgewinn für öffentliche Räume die Rede ist, dann bezieht sich das auf einen anderen Aspekt: Im Zuge der Globalisierung einerseits und der Auslagerung vieler bislang öffentlicher Aufgaben andererseits scheint der spezielle Beitrag kommunaler Politik zunehmend „unsichtbar“ zu werden. In diesem Zusammenhang wird nun darauf verwiesen, dass die öffentlichen Räume in besonderer Weise geeignet seien, Gestaltungsabsichten und Wirksamkeit kommunalpolitischen Handelns deutlich zu machen. Pflege und Entwicklung insbesondere der innerstädtischen öffentlichen Räume werden damit zu so etwas wie einer „Kernkompetenz“ der lokalen Politik: Hier kann sie – unübersehbar – zeigen, was sie zu leisten im Stande ist, hieran wird sie gemessen. Eine

Bevölkerungsbefragung des BBSR kommt zu dem Ergebnis, das sowohl für Groß- als auch für Mittelstädte zutrifft: „Wer mit der Innenstadt alles in allem nicht zufrieden ist, gibt auch der Lokalpolitik schlechte Noten.“³⁷ Allerdings zeigt sich, dass gerade in Klein- und Mittelstädten die dünne Personaldecke und die geringen finanziellen Ressourcen dazu führen, dass die Entwicklung mittel- und langfristiger Leitlinien hintangestellt werden muss, weil zunächst die drängenden tagespolitischen Aufgaben zu lösen sind. Darüber hinaus verteilt sich die Verantwortung für die Planung und Umsetzung von Konzepten zur Entwicklung der öffentlichen Räume oftmals auf nur sehr wenige Personen, und neue wissenschaftliche Erkenntnisse werden nur in sehr begrenztem Maße berücksichtigt.

Stadt-Ökologie: Bausteine nachhaltiger Entwicklung

Die ökologische Bedeutung der freien Räume war ebenso wie deren soziale Funktionen schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts Thema der auf die städtischen Frei- und Außenräume bezogenen politischen Konzepte. Insofern musste sie nicht neu entdeckt werden. Aber mit der weltweiten Hinwendung zu ökologischen Fragen gewannen in den 1980er Jahren auch die Freiräume in den Städten erheblich an Bedeutung. Durch die Orientierung am Ziel „nachhaltige Entwicklung“ der „Lokalen Agenda 21“ wurde dies – soziale und ökonomische Aspekte einbeziehend – zusätzlich unterstrichen. Praktische Auswirkungen fanden sich in zahlreichen Projekten der Verknüpfung von Stadt- und Freiraumentwicklung ebenso wie im Bemühen um die Stärkung umweltverträglicher Mobilität durch das Angebot qualitativ hochwertiger Fuß- und Radwegenetze. Mit dem Klimawandel gewinnt zudem das Freihalten von stadtclimatisch relevanten Flächen sowie die klimagerechte und stadtökologisch angepasste Gestaltung von Freiräumen neue Aufmerksamkeit.

Stadt-Ökonomie: Standortfaktor öffentlicher Raum

Dass öffentlicher Raum auch eine ökonomische Bedeutung hat, musste man früher nicht betonen: Schließlich wurden hier – auf den Märkten und in den Straßen – seit jeher die Waren umgeschlagen. Als sich diese merkantile Funktion „verhäuslichte“ und in die großen Warenhäuser

verlagerte, blieb der öffentliche Raum ökonomisch vor allem als Transportraum von Bedeutung. Parks und Plätze erschienen eher als ästhetisches Dekor, dem die Stadtplaner dann im späteren 19. Jahrhundert auch soziale Funktionen zuwiesen.³⁸ Erst viel später – als sich Planung und Politik den „weichen“ Standortfaktoren zuwandten – wurde sichtbar, dass die Schönheit der Plätze, Parks und Promenaden auch ökonomischen Nutzen stiften kann. Lange Zeit galten lediglich „harte“ Infrastrukturen wie Straßen- und Schienenanschlüsse als Ansiedlungsvoraussetzung für Unternehmen. Zunehmend – und mit dem industriellen Strukturwandel forciert – wurde jedoch deutlich, dass bei den Entscheidern auch andere Faktoren zählen: Kultur, Natur, Erholungs- und Freizeitwert, Konsumangebot, Schönheit einer Region oder Stadt. Wer sich heute von Wirtschaftsförderern beschreiben lässt, wie sie potenziellen Ansiedlern die Stadt präsentieren, welche Wege sie wählen, welche Ansichten sie zeigen, der wird unschwer erkennen können, dass der öffentliche Raum – so er denn präsentabel ist – einen wichtigen Faktor in der Selbstdarstellung einer Stadt ausbildet. Gerade in schrumpfenden Regionen steht hierbei die Innenstadt im Fokus der kommunalen Politik. Die standortprägende Wirkung öffentlicher Räume wird auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Zusammenhängen wirksam:

» **Lagewerte:** Schon der Blick auf die Immobilienanzeigen der Tageszeitungen macht deutlich, dass der Preis – zum Beispiel – einer Wohnung auch vom Lagewert abhängt. Liegt sie an einer stark befahrenen Straße oder an einer Wohnstraße? Ist ein Park in der Nähe oder ein attraktiver Landschaftsraum? Der Wert von Immobilien wird also nicht unwesentlich auch vom Vorhandensein und Zustand öffentlicher Räume geprägt. Vernachlässigte oder stark verkehrsbelastete Räume können zur Abwanderung und damit zur Minderung des Immobilienwertes beitragen. Umgekehrt kann die Aufwertung öffentlicher Räume zur Steigerung der Attraktivität für bestimmte Nutzungen und damit des Lagewertes von Grundstücken beitragen.

» **Investitionsimpulse:** Diese Bedeutung des Lagewertes wird auch in vielen innerstädtischen Entwicklungsmaßnahmen sichtbar. Zum Beispiel stehen bei der Nachnutzung ehemaliger Gewerbestandorte am Beginn

der Entwicklung oftmals Investitionen in hochwertige öffentliche (Frei-) Räume. Sie sollen das Image des Standortes prägen und entsprechende private Investitionen auslösen.

» **Standortbindung:** Vor allem in kleinen und mittleren Städten wird über eine Stärkung, Attraktivierung und Aufwertung der Innenstädte und ihrer öffentlichen Räume versucht, die Bewohner, Händler und Gewerbetreibenden am Standort zu halten. Denn mehr noch als in Großstädten übernimmt hier die Innenstadt wichtige Funktionen für die Gesamtstadt: Sie ist Ort zum Wohnen, Arbeiten und Einkaufen und bietet zudem zahlreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zum Beispiel durch soziale oder kulturelle Einrichtungen.

» **Identität:** Gerade attraktive öffentliche Räume in historisch gewachsenen Innenstädten mit großer touristischer Anziehungskraft sind stadtbildprägend. Diese Räume haben als „Markenzeichen“ der Stadt nach innen wie nach außen eine zentrale Bedeutung für die Außenwahr-



Annapark in Alsdorf (Nordrhein-Westfalen) – Auf dem ehemaligen Zechengelände entsteht zwischen Wohngebiet und Gewerbeflächen ein hochwertiger öffentlicher Freiraum.

nehmung und das Stadtmarketing. Darüber hinaus sind die innerstädtischen öffentlichen Räume die Orte, mit denen die Stadtbevölkerung ihre Stadt verbindet und die auf diese Weise identitätsstiftend wirken.

» **Standortfaktor:** Die Innenstadt ist von zentraler Bedeutung für die Identifikation und Identität. Sie ist „Markenzeichen“ der Stadt nach innen für die Stadtbewohner und soll auch nach außen als Magnet für Stadtbesucher wirken. Die Innenstädte und ihre öffentlichen Räume werden dabei als Standortfaktoren für das Stadtmarketing, insbesondere für die Tourismuswerbung begriffen.

Viele Städte haben diese Zusammenhänge inzwischen erkannt und beginnen Folgerungen zu ziehen. Gerade innerstädtische öffentliche Räume werden zu einem Faktor in der interkommunalen und -regionalen Standortkonkurrenz. Vielerorts wird „aufgerüstet“ und an der Aufwertung der öffentlichen Räume gearbeitet.

Gottfried Benn

Nasse Zäune

*Nasse Zäune,
Holzfäulnis und Moosansatz
in der Stille der Dörfer,
kleine Ordnungszeile
über Land geweht,
doch Schnee und Salze sammeln sich,
rinnen Verfall –
die alten Laute.³⁹*

Wie entwickelt sich der öffentliche Raum?

Die hier beschriebenen Funktionen sind nicht als Konstanten zu begreifen. Vielmehr verändern sie sich und in ihrem Verhältnis zueinander ständig. Dieser Wandel wird von ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und technologischen Entwicklungen vorangetrieben und vollzieht sich teils kontinuierlich, teils in Schüben. Dies lässt sich seit den ersten Stadtgründungen bis heute nachvollziehen.

Für einen zeitlichen und thematischen Ausschnitt und fokussiert auf vorrangig innerstädtische Räume verdeutlicht der dänische Architekt und Stadtplaner Jan Gehl⁴⁰ diese Veränderungsprozesse: Beginnend mit dem Jahr 1900 – also nach der Industrialisierung in Europa und dem damit verbundenen Urbanisierungsprozess und vor der Massen-Motorisierung des Stadtverkehrs – und endend um das Jahr 2000, macht er deutlich, wie sich die Gewichtung von „notwendigen“ und „optionalen“ Aktivitäten auf innerstädtischen Plätzen verschoben hat. Standen zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch Nutzungen im Vordergrund, die im Wesentlichen dem Verkehr, dem Transport und dem Umschlag von Waren dienten, und stand der Müßiggang, das Flanieren und der Aufenthalt um seiner selbst willen deutlich im Hintergrund, kehrt sich zum Ende des 20. Jahrhunderts dieses Verhältnis radikal um. Heute muss man nicht mehr auf die Plätze in der Stadt gehen – man kann. Die Nutzung ist, so Gehls zentrale Botschaft, „optional“. Waren kann man sowohl im Internet wie vor der Stadt erwerben, und auch für jegliche Form der Erholung und des Müßiggangs gibt es andernorts Standorte und Gelegenheiten. Wenn man Plätze, Parks und Promenaden in der Stadt aufsucht, dann – so Gehl – weil es sich hier um attraktive Orte handelt. Ihre „Qualität“ – das bezieht sich sowohl auf die Gestaltung wie die Nutzung – ist nun entscheidend, während sie dies hundert und mehr Jahre zuvor in sehr viel geringerem Maße war. Ergänzend wird auf eine Parallelentwicklung hingewiesen, die erhebliche Auswirkungen auf die Nutzung der Stadträume hatte: Die „Invasion der individuellen Massenmotorisierung“ in die Städte und die dadurch ausgelöste Gegenbewegung in Form von Fußgängerzonen, Verkehrsberuhigung etc.

Fazit

Bezogen auf die Ausgangsfrage kann festgehalten werden: Öffentlich nutzbare Räume sind differenzierte, im Wandel befindliche soziale Orte, deren Nutzung über den Grad ihrer Öffentlichkeit entscheidet. Sie unterliegen sich verändernden Funktionen, Ansprüchen und Nutzungen. Um diesen kontinuierlichen und spannungsreichen Entwicklungsprozess – der Räume und ihrer Inanspruchnahme – nachvollziehen zu können, ist es notwendig, sich auf die differenzierte Situation vor Ort einzulassen und

Öffentlich nutzbare Räume unterliegen sich verändernden Funktionen, Ansprüchen und Nutzungen.

den Kontext der entsprechenden Räume zu berücksichtigen. Während in den Metropolen hauptsächlich eine gute Gestaltung von innerstädtischen Plätzen sowie (potenzielle) Konflikte verschiedener Nutzergruppen im Vordergrund stehen, liegt der Fokus in Klein- und Mittelstädten, besonders in Schrumpfungsgebieten, auf der Aufrechterhaltung ihrer Nutzbarkeit als wertvolle Aufenthaltsorte der Stadtgesellschaft beziehungsweise der Gemeinde. Dabei muss zugleich vor einem Missverständnis gewarnt werden: Viele Probleme, die früher und heute den öffentlichen Stadtraum prägten oder prägen, sind gesellschaftlicher Natur. Sie werden in den Stadträumen sichtbar, sind aber hier nicht zu lösen. Das entlässt die Stadt- und Freiraumplanung nicht aus ihrer Verantwortung. Die gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontieren auch die Planung immer wieder mit fortwährenden oder neu aufbrechenden Herausforderungen.

4. Strategien, Konzepte und Projekte – wie können gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gemeinschaft mit und in öffentlichen Räumen entstehen?

Gerade Städte kleiner und mittlerer Größe, die sich mit Herausforderungen von Bevölkerungsrückgang und demografischem Wandel, wirtschaftlicher Stagnation oder Schrumpfung, Leerstand und Attraktivitätsverlust innerörtlicher öffentlicher Räume konfrontiert sehen, sind auch von dem Zerfall des sozialen Zusammenhalts der (noch) ansässigen Bevölkerung bedroht. Dabei spiegelt die Qualität des sozialen Lebens nicht nur die wirtschaftliche Situation und demografische Entwicklung wider, sondern kann auch zur Ressource und Chance für eine zukunftsähnige Gemeindeentwicklung werden.

Bund und Länder erkennen die Bedeutung gerade der öffentlichen Räume in den innerstädtischen Lagen als wichtiges Handlungsfeld. Dies zeigen zahlreiche Programme und Initiativen, die sich, wenn auch nicht exklusiv, so doch immer ganz ausdrücklich auch auf Klein- und Mittelstädte beziehen. Dies sind beispielsweise das „Netzwerk Innenstadt Nordrhein-Westfalen“, die Quartiersinitiative Niedersachsen, „Leben findet Innenstadt“ in Bayern oder die Initiative „Ab in die Mitte“, die 1999 in Nordrhein-Westfalen gestartet wurde und mittlerweile in sechs Bundesländern regelmäßig durchgeführt wird. Alle genannten Programme zielen auf die Belebung der Innenstädte, sei es durch die Vernetzung der Akteure und den Erfahrungsaustausch oder durch die Kommunikation guter Beispiele. Ebenso gehört auch die bürgerschaftlich getragene Aufwertung des öffentlichen Raums und die Vorbereitung städtebaulicher Investitionen zu ihrem Gegenstand. Das 2008 vom Bund gestartete Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ dient der Vorbereitung und Durchführung

von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche auch kleiner Gemeinden als Standorte für Wirtschaft, Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben. Ein ausdrücklicher Fördergegenstand ist hierbei die Aufwertung des öffentlichen Raumes. In dem 2011 herausgegebenen „Weißbuch Innenstadt“ des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, das den Stand und die Perspektiven der Innenstädte in Deutschland dokumentiert, wird der öffentliche Raum als wesentliches Themenfeld für die Profilierung und Stärkung der Innenstädte und Ortszentren benannt.

In der Gesamtschau dieser Initiativen und Programme zeigt sich zum einen die Bedeutung, die der Gestaltung öffentlicher Räume für die alltägliche Nutzung durch die Stadtbevölkerung zukommt. Zum anderen dokumentiert ihr dialogischer und kommunikativ angelegter Charakter das Bedürfnis und Interesse der Bevölkerung zur Mitsprache und Mitentscheidung – gerade wenn es um „ihre“ öffentlichen Räume geht. Die konkreten Ansatzpunkte, die die Städte und Dörfer hierbei verfolgen, sind vielfältig und hängen dabei stark von den Rahmenbedingungen vor Ort ab. Die im Folgenden dargestellten Beispiele illustrieren die Breite des Handlungsspektrums und zeigen den großen Ideenreichtum und die große Kraft und Dynamik, die die Akteure an den Tag legen, um das soziale Leben und den Zusammenhalt für eine zukunftsfähige Gemeindeentwicklung zu stärken. Die Bandbreite reicht von sehr konkreten zeitlich und/oder räumlich begrenzten Einzelmaßnahmen bis hin zu ganzheitlichen Entwicklungsstrategien. Allen Ansätzen gemein ist die Orientierung an den eigenen Stärken und die Nutzung und Mobilisierung vorhandener Ressourcen. Es geht nicht darum, Unmögliches möglich zu machen, sondern die Grenzen der vorhanden Möglichkeiten auszuschöpfen.

Cittàslow

Einen nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklungsansatz verfolgt die *Cittàslow*-Bewegung. Der vollständige Titel dieser 1999 in Italien gegründete Vereinigung lautet: *Cittàslow: Rete internazionale delle città del buon vivere* – übersetzt etwa: „*Cittàslow*: internationales Netz der lebenswerten Städte“. Das Wort *Cittàslow* setzt sich zusammen aus dem italienischen *città* (=Stadt)

und dem englischen *slow* (=langsam). *Cittàslow* geht auf die „*Slow-Food*-Bewegung“ zurück. Diese setzt sich seit 1986 zunächst in Italien, dann zunehmend international für regionale Produkte mit hoher Qualität sowie für eine bewusstere Esskultur ein. *Slow Food* versteht sich als Gegenpol zum faden Massenkonsum des Fast Food. 1997 entwickelte der *Slow-Food*-Gründer Carlo Petrini die Idee, ein Städtenetzwerk ins Leben zu rufen, das den Gedanken von Entschleunigung und Qualität auf die Stadtentwicklung überträgt. Zwei Jahre wurden die vier italienischen Städte Greve in Chianti, Bra in Piemont, Orvieto in Umbrien und Positano in Kampanien zu den Gründungsgemeinden eines bald immer größer werdenden internationalen Netzwerks.



Die *Cittàslow*-Schnecke in Nördlingen – Symbol der Städte im *Cittàslow*-Netzwerk.⁴¹

Cittàslow ist auch heute noch eine bedeutsame und beachtenswerte Bewegung. Dies zeigt sich auch in der Vielzahl der Publikationen und Medienbeiträge zu diesem Thema in den letzten Jahren. Auch die Bundesregierung hat die Aktualität dieses behutsamen Nachhaltigkeitsansatzes erkannt und im Rahmen einer Studie eingehender untersucht.⁴² *Cittàslow* zielt vor

allem auf die Steigerung der Lebensqualität in kleineren Städten unter 50.000 Einwohnern. Oberstes Anliegen von *Cittàslow* ist die Bewahrung und Weiterentwicklung von lokaler Identität und Unverwechselbarkeit in möglichst vielen Bereichen des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Ein wesentlicher Schlüssel ist Nutzung und Entwicklung der endogenen Potenziale und der lokalen Talente für eine nachhaltige Orts- und Stadtentwicklung, um eine hohe Lebensqualität vor Ort zu erhalten beziehungsweise zu erreichen. Daher ist es wichtig, dass neben den öffentlichen Akteuren auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft in diese besondere Form der nachhaltigen Stadtentwicklung eingebunden werden. Weltweit gibt es 176 Städte in 27 Ländern, zwölf davon in Deutschland, die der „Internationalen Vereinigung der lebenswerten Städte – *Cittàslow*“ angehören. Sie alle verbindet das Bekenntnis zu 24 auf der Grundlage der „Agenda 21“, entstandenen Zielen in einem breiten Spektrum von Themenbereichen:

Nachhaltige Umweltpolitik

Hierzu zählen Ziele wie die Nutzung und Förderung alternativer beziehungsweise regenerativer Energien und innovativer Technologien, die Schonung der natürlichen Ressourcen und die Steigerung der Energieeffizienz.

Charakteristische Stadtstruktur

Diese soll gesichert werden durch die Nutzung der Stadtgeschichte als Entwicklungspotenzial vor allem durch die Bewahrung charakteristischer Bauweisen und eine sorgfältige Denkmalpflege.

Kultur und Traditionen

Hier steht die Wahrung von identitätsprägenden regionalen Besonderheiten im Mittelpunkt. Mit der Förderung von entsprechenden Veranstaltungen und dem Erhalt kultureller Einrichtung sollen regionale Kultur und Traditionen strukturell verankert werden.

Typische Kulturlandschaft

Dieses Themenfeld umfasst den Erhalt und die Pflege der landschaftlichen Schönheit und Vielfalt von typischen Kulturlandschaften sowie die

Bewahrung ihrer charakteristischen Eigenschaften. Darüber hinaus ist auch der Schutz von Flora und Fauna in ihrer Vielfalt ein wichtiges Anliegen.

Regionaltypische Produkte und regionale Märkte

Die Vermarktung vor Ort erzeugter Produkte auf regionalen (Wochen-)Märkten soll Transportwege zwischen Produzent und Verbraucher verkürzen und lokale Anbieter unterstützen. Besonders unterstützt werden sollen Produktionen nach regionaltypischen und umweltverträglichen Methoden. Die heimischen Produkte wie zum Beispiel qualitativ hochwertige Lebensmittel oder einheimische Holzproduktion sollen den Aufbau einer regionalen Identität unterstützen. Darüber hinaus soll etwa durch Organisation, Initiierung und Unterstützung von Veranstaltungen auch die Pflege heimischen Brauchtums und kultureller Eigenarten gefördert werden.

Gastfreundschaft

Cittàslow bedeutet neben der Besinnung auf lokale und regionale Identitäten auch die bewusste Offenheit gegenüber Anregungen und neuen Ideen von außen. Daher wird die Pflege von nationalen und internationalen Städtepartnerschaften unterstützt und ein herzliches und entgegenkommendes Verhalten gegenüber Gästen gezeigt.

Bewusstseinsbildung

Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit sowohl nach innen als auch nach außen soll die Identifizierung der Bürger und der lokalen Akteure mit der Philosophie von *Cittàslow* stärken. Ein wichtiges Ziel ist es, durch die Einbindung der örtlichen Bevölkerung ein neues Bewusstsein für eine behutsame, nachhaltige und regional geprägte Ortsentwicklung zu schaffen. Zudem soll eine bewusste Geschmacks- und Sinnesschulung die Wertschätzung von qualitätsvollen regionalen Produkten in der Bevölkerung und bei Gästen steigern.

Diese Themen sind nicht grundsätzlich neu, zeigen aber neue inhaltliche Verknüpfungen, die sich als Leitbild insbesondere für kleine Städte eignen. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei der Ansatz, nicht auf

die Probleme und Defizite zu zielen, sondern ganz ausdrücklich auf die lokalen Stärken und Potenziale zu setzen. Städte, die Mitglied der „Internationalen Vereinigung der lebenswerten Städte – Cittàslow“ werden möchten, müssen sich nicht nur zu diesen Zielen bekennen, sondern darüber hinaus einen detaillierten und alle Themenfelder umfassenden und sehr anspruchsvollen, mit Wertungspunkten hinterlegten Kriterienkatalog, erfüllen. Dieser umfasst sieben Makrobereiche, die jeweils in einer detaillierten Liste von Anforderungen konkretisiert werden. 2013 ist ergänzend das Handlungsfeld „sozialer Zusammenhalt“ hinzugekommen. Damit wird der besondere Stellenwert des sozialen Miteinanders für eine hohe Lebensqualität unterstrichen. Um als Mitglied ins Netzwerk aufgenommen zu werden, müssen die Bewerberstädte in der Summe aller Anforderungen eine bestimmte Mindestpunktzahl erreichen. Darüber hinaus ist die Aufnahme und Mitgliedschaft mit Kosten verbunden, die sich maßgeblich nach der Einwohnerzahl berechnen. So kostet die Mit-

Kleine Stadt am Sonntagmorgen

*Das Wetter ist recht gut geraten.
Der Kirchturm träumt vom lieben Gott.
Die Stadt riecht ganz und gar nach Braten
und auch ein bißchen nach Kompott.*

*Am Sonntag darf man lange schlafen.
Die Gassen sind so gut wie leer.
Zwei alte Tanten, die sich trafen,
bestreiten rüstig den Verkehr.*

*Sie führen wieder mal die alten
Gespräche, denn das hält gesund.
Die Fenster gähnen sanft und halten
sich die Gardinen vor den Mund.*

*Der neue Herr Provisor lauert
auf sein gestärktes Oberhemd.
Er flucht, weil es so lange dauert.
Man merkt daran: Er ist hier fremd.*

*Er will den Gottesdienst besuchen,
denn das erheischt die Tradition.
Die Stadt ist klein. Man soll nicht fluchen,
Pauline bringt das Hemd ja schon!*

*Die Stunden machen kleine Schritte
und heben ihre Füße kaum.
Die Langeweile macht Visite.
Die Tanten flüstern über Dritte.
Und dritüber, auf des Marktes Mitte,
schnarcht leise der Kastanienbaum.⁴⁴*

gliedschaft einer Stadt von mehr als 30.000 Einwohnern 4.500 Euro im Jahr.⁴³ Die Einhaltung der Wertungskriterien und der Fortschritt in der Entwicklung werden in allen Mitgliedsstädten einheitlich und in regelmäßigen Abständen überprüft.

Deutsche Cittàslow-Städte

Zehn der zwölf deutschen *Cittàslow*-Städte liegen in den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland (siehe Abbildung 4). Alle Mitgliedsstädte sind kreisangehörige Städte und variieren in der Größe, überschreiten aber die Einwohnerzahl von 25.000 nicht. Alle Städte liegen in landschaftlich attraktiven Gebieten; einige befinden sich im Einzugsbereich von Großstädten, während andere

Übersicht über Cittàslow-Mitgliedstädte in Deutschland				
Stadt	Bundes-land	Kreis	Einwohner 2012	Cittàslow seit
Bad Schussenried	BW	Biberach an der Riss	8.464	2010
Berching	BY	Neumarkt in der Oberpfalz	8.530	2013
Bischofsheim an der Rhön	BY	Rhön-Grabfeld	4.722	2012
Blieskastel	SL	Saarpfalz-Kreis	21.717	2011
Deidesheim	RP	Bad Dürkheim	3.720	2009
Hersbruck	BY	Nürnberger Land	12.379	2001
Lüdinghausen	NW	Coesfeld	24.195	2007
Nördlingen	BY	Donau-Ries (Große Kreisstadt)	19.023	2009
Penzlin	MV	Mecklenburgische Seenplatte	3.986	2013
Überlingen	BW	Bodenseekreis (Große Kreisstadt)	22.086	2004
Waldkirch	BW	Emmendingen (Große Kreisstadt)	21.036	2002
Wirsberg	BY	Kulmbach	1.944	2007

Abbildung 4 / nach BMVBS Lokale Qualitäten – Cittàslow. Berlin 2013, S. 25.

in eher peripheren ländlichen Regionen liegen. Ebenso unterschiedlich sind auch die Entwicklungsperspektiven der Städte: Unter ihnen sind sowohl schrumpfende und von Abwanderung betroffene als auch stabile und wachsende Städte. Einige Themen sind für die meisten der zwölf Städte relevant: Schwierige Haushaltsslage, Umgang mit Leerstand, Verlust von Einzelhändlern, Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung und der Umgang mit einem geringer werdenden bürgerschaftlichen Engagement vor allem in traditionellen Vereinsstrukturen. Alle Städte sehen eine besondere Chance in der Unterstützung regionaler Wertschöpfung durch die Nutzung regionaler Ressourcen.

Der soziale Zusammenhalt ist als thematische Säule zu einem wesentlichen Teil der *Cittàslow*-Identität geworden. Dies drückt sich oftmals eher programmatisch aus, indem beispielsweise Armutsbekämpfung, Eingliederung behinderter Menschen, multikulturelle Integration oder die Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen zu

**Der soziale Zusammenhalt
ist als thematische Säule zu
einem wesentlichen Teil der
Cittàslow-Identität geworden.**

aktiven Themen der Stadtentwicklungspolitik gemacht werden. Einige Beispiele aus den deutschen *Cittàslow*-Städten zeigen jedoch, dass es auch ganz konkrete Projekte und Maßnahmen gibt, die das Ziel des sozialen Zusammenhalts im und durch den öffentlichen Raum umsetzen. So hat beispielsweise die Stadt Deidesheim an der Weinstraße bei der Innenstadtsanierung das Prinzip einer möglichst barrierefreien Gestaltung bei Erhalt der historischen Stadtstruktur umgesetzt. Die oberschwäbische Stadt Bad Schussenried ist noch einen Schritt weiter gegangen. Hier wurden bei der Innenstadtsanierung neben dem Ziel der Barrierefreiheit auch Ideen des *Shared Space*-Konzepts, des von den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern gemeinsam genutzten Raumes, umgesetzt. Der weitgehende Verzicht auf Verkehrszeichen, Ampeln und Straßenmarkierungen soll zum einen den Verkehr beruhigen und zum anderen die Achtsamkeit aller Verkehrsteilnehmer – Autos, Radfahrer, Fußgänger – füreinander erhöhen. Damit wird der öffentliche Stadtraum wieder zum sozialen Lebensraum, in dem alle Bevölkerungsgruppen und Nutzer ihren Platz finden. Im mecklenburgischen Penzlin gab *Cittàslow* den Anstoß für weiteres bürgerschaftliches Engagement: Mithilfe von Fördermitteln und 10.000 Stunden Eigenleistung der Bewohner konnte ein ehemaliger Speicher zum Dorfgemeinschaftshaus ausgebaut werden. Hier

führte schon der gemeinschaftliche Bauprozess zu einer weiteren Festigung des sozialen Zusammenhalts. Das sanierte Gebäude bietet nun Raum für die Freiwillige Feuerwehr und den Jugendbereich sowie für zwei barrierefreie Festäle beziehungsweise Ausstellungsräume mit dazugehörigen Versorgungsbereichen für jeweils bis zu zweihundert Personen.

Fazit » *Cittàslow* zeigt, dass auch kleine Städte ohne starkes Wachstum oder ausgeprägte wirtschaftliche Prosperität die Qualität und das Potenzial haben können, ihre Funktion als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge zu erhalten und zu stärken. Dabei ist es gerade die behutsame und auf die eigenen Kräfte und Talente setzende *Cittàslow*-Strategie, die es diesen Orten ermöglicht, ihre Zukunft auch angesichts des demografischen Wandels und zurückgehender Bevölkerungszahlen aktiv zu gestalten. Hierbei sind es gerade die lokalen Ressourcen, die es zu entdecken und zu entwickeln gilt. Basis hierfür ist eine enge und auf Vertrauen basierende Zusammenarbeit zwischen Politik, lokaler Wirtschaft und Bevölkerung. Gerade für kleine Städte ist die *Cittàslow*-Strategie ein besonders geeigneter Ansatz einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie, weil diese einfacher als Großstädte ressort- beziehungweise themenübergreifende Vernetzungen in der Verwaltung und mit den wichtigen Akteuren vor Ort realisieren können. In Deutschland hat das Netzwerk, vor allem für kleine Städte, daher noch Wachstumspotenzial.

Infrastruktur und Nahversorgung im ländlichen Raum

Der demografische Wandel und der Rückgang der Einwohnerzahlen durch Abwanderung bedeutet für viele kleine Städte und Dörfer eine existenzielle Bedrohung. Gerade jüngere und gut ausgebildete Bewohner verlassen ihre Heimatorte in Richtung der großen Städte mit ihren Universitäten, attraktiven Arbeitsplätzen, kulturellen Angeboten und gesellschaftlicher Vielfalt. Einzelhändlern und Dienstleistern wird mit dem Wegzug ihrer Kunden die wirtschaftliche Grundlage geraubt, viele müssen schließen. Mit dem Verlust von Anbietern des täglichen Bedarfs wird der Standort für die verbleibende Bevölkerung damit noch unattraktiver. Die Folge kann eine kaum noch aufzu haltende Abwärtsdynamik sein. Damit sind dann die innerörtlichen Zentren als identitätsprägende Orte des sozialen, kulturellen

und wirtschaftlichen Lebens von Zerfall und Funktionsverlust bedroht. Opfer dieser Entwicklungen sind vor allem die weniger mobilen älteren Bewohner, die in den langsam verödenden Orten zurückbleiben, für die aber Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen sowie kulturelle Angebote in unmittelbarer Wohnortnähe von besonders großer Bedeutung sind.

Dorf- und Quartiersläden

Als Antwort auf diese Entwicklung entstehen in zahlreichen Dörfern und Kleinstädten, die von dieser Entwicklung betroffen sind, gemeinschaftlich getragene Dorf- oder Quartiersläden. Ein aktuelles Forschungsprojekt der Hochschule Niederrhein ist der Frage nachgegangen, welche Bedeutung Dorfläden heute haben, welche Funktionen und Strukturen sie kennzeichnen und wie es um ihre Zukunft bestellt ist.⁴⁵ Grundlage des Projekts bildet eine bundesweite Befragung, an der sich 258 Bürgermeister und Ortsvorsteher beteiligt haben.⁴⁶ Ein erster Befund des Projektes stellt das große gemeinschaftliche und ehrenamtliche Engagement der örtlichen Bevölkerung dar. Entscheidende Voraussetzung für den Betrieb eines Dorfladens ist eine aktive und motivierte Dorfgemeinschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Nahversorgung im Ort ein Stück weit in die eigene Hand zu nehmen. Die Praxis zeigt, dass es vor allem Frauen sind, die sich im Dorfladen engagieren, Verantwortung übernehmen und so das Angebot überhaupt erst ermöglichen. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass die Dorfläden deutlich über die Grundversorgung mit Lebensmitteln hinausgehende Aufgaben übernehmen. Nach Einschätzung der Befragten haben Dorfläden ein sehr breites Spektrum an Funktionen. An oberster Stelle steht die Zufriedenheit der Bürger durch eine breite Angebotspalette an frischen Lebensmitteln, Zeitschriften, gastronomischen Angeboten und Serviceleistungen. Fast genauso bedeutsam ist aber die Unterstützung der Selbstständigkeit und Mobilität von Senioren, die Erhöhung der Lebensqualität für die örtliche Bevölkerung, die Aufwertung der Wohnstandorte, die Bedeutung als örtliches Kommunikationszentrum sowie die Förderung der Gemeinschaft. Mehr als zwei Drittel der Befragten nennen die genannten Funktionen als wichtig oder sehr wichtig für einen Dorfladen.

Damit ein Dorfladen dauerhaft erfolgreich ist, müssen mehrere Faktoren zusammenkommen. Hier nennen die Befragten an erster Stelle die Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung: Die Leute stehen dahinter, und vor allem kau-

fen sie im Dorfladen ein und nutzen ihn als Treffpunkt und Ort des Austauschs und der Kommunikation.

Fazit » Die Untersuchung zeigt, dass Dorfläden nicht nur wichtige örtliche Versorgungszentren insbesondere für Senioren darstellen, sondern sich sehr positiv auf das soziale Miteinander im Ort auswirken. Gerade für schrumpfende und strukturschwache Dörfer und Kleinstädte kommt dem hier erkennbaren zukunftsfähigen Modell eines Dorf- oder Quartiersladens eine umfassende soziale und gemeinschaftsfördernde Rolle zu.

„Multiple Häuser“

Noch einen Schritt weiter geht das Konzept des „Multiplen Hauses“ des Leipziger Büros „rb architekten“. Es ist besonders auf Orte ausgerichtet, die durch Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung stark in ihrer Existenz bedroht sind und in denen es keine nennenswerten Dienstleistungs- und Versorgungsangebote mehr gibt. Eine der wenigen Ressourcen, an der in diesen Orten zumeist kein Mangel herrscht, ist nutzbare Bausubstanz. Leerstehende Immobilien schaffen – zumindest potenziell – die Chance für eine Um- oder Nachnutzung. An dieser Stelle setzt das Konzept des „Multiplen Hauses“ an. Das Konzept wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung⁴⁷ wissenschaftlich begründet und konkretisiert. Die hinter dem Konzept des „Multiplen Hauses“ steckende Idee ist die vielfältige (multiple) und flexible Nutzung einer Immobilie als gemeinschaftlicher Standort von unterschiedlichen Anbietern. Wenn sich eine einzige Nutzung an fünf Tagen in der Woche nicht rentiert, dann ist – so der Gedanke – vielleicht ein im Laufe der Woche mehrfach wechselndes Angebot an Dienstleistungen, Versorgung und Kultur sinnvoller. So können beispielsweise ein Arzt, eine Bank, ein Friseur, ein Einzelhändler, ein Café und ein Physiotherapeut je einen Tag in der Woche vor Ort präsent sein. Nicht die Bevölkerung muss mobil sein, sondern die jeweiligen Anbieter. Diese teilen sich nach dem vom Carsharing bekannten Prinzip die Grundmiete und die Nutzungsgebühren des Hauses. Mit dem Zusatz „m. H.“ im Namen, zum Beispiel „SeeSalon m. H.“ in Rieth, soll ein Gebäude als „Multiples Haus“ regional und überregional kenntlich gemacht werden. Die Marke

„Multiples Haus“ soll zudem die bau- und vertragsrechtlichen Grundlagen schaffen, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Die notwendigen Voraussetzungen für das Gelingen eines solchen Konzepts in der Praxis sind allerdings durchaus anspruchsvoll: Es braucht eine leerstehende Immobilie in möglichst zentraler Lage, die ausreichend Raum sowie flexibel nutzbare und barrierefrei zugängliche Räume für die verschiedenen Angebote bietet. Die Immobilie sollte im Idealfall eine hohe architektonische Qualität aufweisen, um sich als prägende identitätsstiftende Einrichtung etablieren zu können. Darüber hinaus muss es einen Betreiber geben, der die logistische, technische und vor allem betriebswirtschaftliche Verantwortung übernimmt. Dieser muss dafür Sorge tragen, dass es genügend Anbieter beziehungsweise Nutzer gibt, die für die nötigen Einnahmen zur Deckung der Kosten sorgen.

Modellprojekt in Mecklenburg-Vorpommern – Netzwerk Am Stettiner Haff

Auf Grundlage dieses Ansatzes wurden seit 2010 erste Pilotprojekte initiiert, die den Nachweis für die Funktionsfähigkeit des Konzepts des „Multiplen Hauses“ liefern sollten. Eine Modellregion ist das Stettiner Haff, wo mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Mitteln aus dem EU-Förderprogramm LEADER⁴⁸ bis 2014 ein ganzes regionales Netzwerk „Multipler Häuser“ entstand: Es wurden fünf Häuser in benachbarten Dörfern zu „Multiplen Häusern“ entwickelt: der „SeeSalon m. H.“ in Rieth, das „Multiple Haus“ in Altwarp, das „Multiple Haus Alte Dorfschule m. H.“ in Vogelsang-Warsin, der ehemalige Dorfkonzum in Hintersee sowie die alte Mühle in Ahlbeck. Der Vorteil des Netzwerks aus fünf benachbarten Ortschaften liegt auf der Hand: Die Dienstleister können verschiedene Dörfer am Tag oder in der Woche anfahren und kommen damit zu kalkulierbaren Umsätzen. Zudem können sich die beteiligten Dörfer das Management der Häuser teilen und so ihren Aufwand für Betrieb und Verwaltung mit maximaler Effizienz gestalten.

In allen Dörfern stand eine genaue Analyse der Ausgangssituation am Anfang. In Erhebungen, Befragungen und Workshops wurden umfassende

Grundlagen zur Bevölkerungsstruktur, vorhandenen Angeboten, Nachfrage nach Dienstleistungen und Mobilität der Bevölkerung durchgeführt. Daran anschließend wurde ein Netzwerk aus vier Gemeinden und einem privaten Investor gegründet und eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Nach der detaillierten konzeptionellen Ausarbeitung wurden Dienstleister akquiriert, die die entstehenden „Multiplen Häuser“ nutzen wollten. Über den LEADER-Landeswettbewerb Mecklenburg-Vorpommern 2012 wurden Fördermittel eingeworben, die die weitere Umsetzung ermöglichten. In einem nächsten Schritt wurden geeignete Bestandsgebäude saniert und dann zu „Multiplen Häuser“ umgebaut.

Alle im Stettiner Haff entstandenen „Multiplen Häuser“ sind durch eine hohe Flexibilität und die einfache Grundausstattung der multifunktionalen Räume gekennzeichnet. In allen Häusern gibt es mindestens einen abschließbaren Raum, der flexibel nutzbar ist und keinen besonderen hygienischen Anforderungen genügen muss (Raumkategorie 1). An Tagen ohne Nutzung durch Dienstleister können diese Räume auch von Dorfbewohnern, Vereinen oder Gruppen gebucht werden. Ebenfalls an allen Standorten gibt es einen zweiten Raum mit der Kategorie 2. Dieser „Raum für feste Nutzungen“ muss höheren hygienischen Anforderungen genügen und kann beispielsweise von medizinischen Dienstleistern oder Friseuren genutzt werden. In den größeren Häusern gibt es zudem Gemeinschafts- oder Mehrzweckräume, die beispielsweise für Veranstaltungen oder Feste genutzt werden können. Internetseiten geben Informationen über die regelmäßigen Angebote und über die noch offenen Terminkorridore. Das Raumkonzept ermöglicht es jedem Standort, sehr schnell auf Veränderungen der Einwohner- und damit auch der Nachfragerstruktur zu reagieren.

Nicht nur die angebotenen Dienstleistungen der „Multiplen Häuser“ orientieren sich vor allem an den Bedürfnissen älterer Menschen. In Erweiterung des Konzepts wurde für die „Multiplen Häuser“ auch ein Wohnkonzept entwickelt. So sollen in der „Alten Dorfschule m. H.“ in einem nächsten Schritt auch vier generationenübergreifende, altersgerechte und betreibbare Wohnungen integriert werden. Ziel ist es, älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Von großem Vorteil ist hier die unmittelbare Nähe zu medizinischen und

therapeutischen Versorgungsangeboten im „Multiplen Haus“. Allerdings soll keine „Altenenklave“ entstehen. Daher sind die barrierearm ausgebauten Wohnungen und Wohngruppen auch für junge Familien und Singles attraktiv und können außerdem als Ferienappartements vermietet werden.⁴⁹ Darüber hinaus zeigen die „Multiplen Häuser“, wie sich moderne Technologie sinnvoll nutzen lässt: Zur Einsparung von Energie stellt ein großer Energieversorger SmartHome-Technologien zur Verfügung. Diese ermöglichen es, bei wechselnder Nutzung Energiekosten transparent zu machen. Zudem können die Energieverbräuche in den Gebäuden täglich analysiert werden. So lassen sich auch unnötige Stromverbraucher identifizieren und bei Bedarf austauschen. Des Weiteren bieten alle „Multiplen Häuser“ einen WLAN-Hotspot, also einen allgemein nutzbaren drahtlosen Internet-Zugang. Damit wird auch ein Ausgleich für die gerade in peripheren ländlichen Regionen oftmals nur unzureichende Internetversorgung hergestellt. Zudem werden vielfach Internetkurse angeboten, die sich vor allem an die ältere Bevölkerung vor Ort wenden. Die Kompetenz zur Internetnutzung bedeutet insbesondere für Senioren die Möglichkeit, an den umfassenden Informations- und Kommunikationsangeboten im Netz teilzuhaben und mit Freunden und Verwandten, die nicht (mehr) vor Ort leben, im Austausch zu bleiben.

Einen technologischen Schritt weiter ist das „Multiple Haus SeeSalon m. H.“ gegangen: Hier wird ein „virtueller Tante-Emma-Laden“ umgesetzt. Die angebotenen Produkte werden auf Fotos und Displays dargestellt. Die Kunden können mit scanfähigen Geräten durch den Laden gehen und einkaufen, indem sie die *QR-Codes* einscannen. Im „virtuellen Tante-Emma-Laden“ gibt es sowohl Lebensmittel aus der Region als auch Produkte anderer Online-Versender (zum Beispiel *amazon*). Die Kunden können die Produkte entweder in den Laden oder auch direkt nach Hause liefern lassen. Dies zeigt beispielhaft die Möglichkeiten zur Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten in ländlichen Räumen. Gerade ältere und weniger mobile Menschen profitieren von dieser alternativen Form der Nahversorgung.

Fazit » Ein ganz wesentlicher Effekt, der sich für die beteiligten Dörfer aus dem Konzept der „Multiplen Häuser“ ergibt, ist die Steigerung des örtlichen

Gemeinschaftsgefühls und die Etablierung neuer Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen verschiedenen kommunalen und privaten Akteuren. Die Bewohner, die ihre Dörfer schon fast „abgeschrieben“ hatten, bekamen wieder Anlass, sich mit dem eigenen Dorf zu identifizieren. Vor allem der wachsende Anteil älterer Menschen erhält so die Möglichkeit, sich vor Ort zu versorgen und das soziale Leben aktiv mitzugestalten. Im Dorf Rieth konnte zudem ein privater Investor angeworben werden, ein „Multiples Haus“ auszubauen und zu betreiben.

Um bürgerschaftliches Engagement gezielt zu unterstützen, ist es wichtig, freiwillige Initiativen ausdrücklich zu würdigen, wertzuschätzen und auszuzeichnen. Auch hier kann man von einer Infrastruktur sprechen. So ist eine institutionalisierte und gelebte „Anerkennungskultur“ der Schlüssel zur Motivation. Ein gutes Beispiel hierfür ist die baden-württembergische Gemeinde Nürtingen, Preisträgerin im Bundeswettbewerb der Bertelsmann Stiftung „Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie“ und Gründungsmitglied im Netzwerk Civitas.⁵⁰ Über Jahre hinweg hat sich in Nürtingen eine Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement entwickelt, die sich in zahlreichen Formen ausdrückt.

So gibt es den „Nürtinger Freiwilligenpass“, der Initiativen, Vereinen und pflegenden Angehörigen ein breites Spektrum an „Verschnaufpausen“ bietet – zum Beispiel kostenlose Theater- oder Kinokarten, Freifahrten bis nach Berlin oder Warengutscheine für Nürtinger Kaufhäuser, Bäckereien oder Metzgereien.

Speziell an Jugendliche richtet sich das „Tu-Was-Tagebuch“: Vom Oberbürgermeister und dem Vertreter des Staatlichen Schulamts zertifiziert, können Jugendliche ihr freiwilliges Engagement in Vereinen und Initiativen, im Jugendrat, in der Behindertenarbeit oder im Umweltschutz dokumentieren.

Die „Nürtinger Freiwilligenakademie“ bietet ehrenamtlich Engagierten qualifizierte Fortbildungsangebote. Sie vermittelt generelle Kenntnisse und Fertigkeiten rund um den Austausch von organisatorischen und sozialpsychologischen Erfahrungen in bürgerschaftlichen Gruppierungen.

Künstlerische Aktionen und Interventionen

Welche Rolle können temporäre künstlerische Aktionen bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen und bei der Stärkung sozialen Zusammenhalts spielen? Im Vergleich zur üblichen Bauplanung bieten temporäre Interventionen viele Vorteile, mit denen das klassische Instrumentarium der Bau- und Planungskultur sinnvoll ergänzt werden kann: Sie sind leicht zu planen und mit überschaubarem Aufwand durchzuführen. Sie können spielerisch agieren, stoßen einen Prozess an und sind ergebnisoffen. Sie setzen Impulse, eröffnen den Dialog mit den Bürgern und sind damit ein probates Mittel partizipativer Prozessgestaltung in der Stadtentwicklung – auch und gerade in kleineren Städten.

Architekten und Planer haben in der Regel den professionellen Anspruch, für soziale, ökonomische, verkehrliche und viele andere Problemstellungen bauliche Lösungen zu schaffen, die eine gewisse Zeit Bestand haben. Die Lebensdauer von Bauwerken wird daher in aller Regel nicht in Stunden und Tagen kalkuliert, sondern in Jahren und Jahrzehnten. Doch gleichzeitig zeichnet sich immer deutlicher ab, dass das (städtische) Leben von einer wachsenden Dynamik und von einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Lebensstile, der sozialen Milieus, Bedürfnisse und Tagesabläufe geprägt ist. Welcher Planer kann für sich in Anspruch nehmen, so weitgehende Kenntnisse über die komplexen Prozesse der Stadtentwicklung und Handlungsmuster der vielfältigen Akteure und Nutzer zu haben, dass er kraft seiner Qualifikation den einen und richtigen Entwurf für die Gestaltung stadt-räumlicher Wirklichkeiten zu erstellen in der Lage ist? Wie kann man da sicher sein, dass der geplante Hochbau oder Stadtraum wirklich die Ansprüche erfüllt, die an ihn gestellt werden? Ist es nicht viel naheliegender, diesen dynamischen und kurzfristigen Stadtentwicklungen auf eine ebensolche Weise zu begegnen? Also nicht auf Anhieb die eine und ultimative Dauerlösung zu finden, sondern – erst einmal – im Dialog mit den Akteuren eine einfache und ebenso schnell errichtete wie wieder entfernte Maßnahme zu ergreifen, und dann zu sehen, wie es weitergehen könnte. Solch ein experimenteller, spielerischer und temporärer Ansatz eröffnet Lern- und Erkenntnischancen, ist jedoch häufig nicht im „professionellen“ oder „seriösen“ Repertoire des planerischen Handelns zu finden. Es stellt sich

die Frage: Warum eigentlich nicht? Es gibt räumliche Situationen, in denen zunächst unklar ist, ob und wie überhaupt gehandelt werden kann und soll. In diesem Moment bieten sich künstlerische Interventionen, Aktionen und Experimente an, um herauszufinden, worum es an diesem bestimmten Ort gehen sollte, was fehlt, was zu viel ist, was gewünscht, was abgelehnt wird. Schon allein das Signalisieren von Interesse, das Bündeln von Aufmerksamkeit an einem Ort, das gezielte Hinschauen und Zuhören kann diesen nachhaltig beeinflussen: „An manchen Orten ist der Versuch entscheidend, eine zeitgemäße Form der nachhaltigen Flächengestaltung und -nutzung zu finden. Manchmal ist diese Suche offensichtlich wichtiger als das Schaffen beständiger Orte.“⁵² Der Planungstheoretiker Klaus Selle beschreibt dies so:

„Fachleute der räumlichen Gestaltung [...] müssen sich einerseits mit den Bedingungen auseinandersetzen, die zur Entstehung und Entwicklung von Räumen führen, wenn ihre baulichen Interventionen wirksam und sinnvoll sein sollen. Sie können aber auch zur Entwicklung von Räumen beitragen ohne Bauten zu erstellen, Platzgrundrisse zu ändern oder Bäume zu pflanzen: Auch neue Bilder und Entwürfe möglicher Räume können die Vorstellungskraft anregen, den Blick auf längst bekannt erscheinende Orte verändern. Ebenso wirkungsvoll sind Inszenierungen, ungewohnte Nutzungen, Ereignisse, Installationen, Interventionen in den Alltag des Ortes.“⁵³

Für Planer öffnet diese Verschiebung der zeitlichen Maßstäbe einerseits und der Zielsetzung andererseits neue Perspektiven. Denn in aller Regel lernen sie, Dauerlösungen im Entwurfsmaßstab zu entwickeln. Die Umsetzung temporärer Aktionen in Lebensgröße bedeutet auch neue Möglichkeiten, urbanes Leben zu verstehen, städtische Akteure kennenzulernen und die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Einflussnahme auszuloten. Zugleich können Fachleute wie Laien die Erfahrung machen, wie Geplantes im Raum wirksam wird, und überprüfen, inwieweit Plan und Umsetzung korrelieren oder voneinander abweichen. Schon Camillo Sitte (1843-1903), der die Stadtplanung maßgeblich beeinflusst hat, legte Planern nahe, ihre Ideen über Provisorien zu überprüfen und anschaulich zu machen: „Da würde jeder Mann, auch der Laie, die Wirkung beurteilen können, und die öffentliche

Meinung wäre sicherlich in die Lage gesetzt, zu entscheiden, ob nach diesem Modell eine definitive Verbauung in Angriff zu nehmen sei, oder nicht.“⁵⁴

Gerade in öffentlich zugänglichen Stadträumen, in denen die Interessen von Eigentümern, Mieter und Nutzern aufeinandertreffen und unterschiedlichste Anforderungen von Verkehr, Konsum und Unterhaltung bis zur Erholung zusammenlaufen, können künstlerische Aktionen Ansprüche und Wünsche zutage fördern und moderieren. Dabei erschließen

Temporäre Aktionen dürfen enden, ohne gleich als Misserfolg zu gelten. sich viele Dimensionen, Bedeutungen und Funktionsweisen öffentlicher Räume im Kern erst durch die Verbindung abstrakter und gedanklicher Auseinandersetzung mit dem direkten Erleben und dem eigenen Agieren und Eingreifen. Die Verbindungen von Nutzerverhalten, Nutzeräußerungen, Atmosphäre des Raumes und Charakteristika baulicher Elemente werden dann besonders gut erkennbar, wenn aktiv in die bestehenden Gefüge eingegriffen wird, wenn Veränderungen oder sogar bewusste Störungen vorgenommen werden. Temporäre Aktionen und künstlerische Interventionen lassen sich quasi als Diagnoseinstrumente für Stadträume einsetzen, indem sie „Räume auf Zeit“ bilden. Dabei werden Stadträume mit geringem baulichen Aufwand so verändert, dass sie mit den Seh- und Nutzungsgewohnheiten der Passanten und Anwohner brechen und diese zur Stellungnahme – in Wort oder Tat – auffordern. Von Vorteil ist hier die begrenzte Zeit: Der Eingriff besteht nur während eines übersichtlichen Zeitraumes, danach ist alles wieder verschwunden. Aber was dann geschieht, ist nicht plan- oder vorhersehbar: Was passiert? Was ist, wenn nichts passiert? Gibt es Proteste? Gibt es Zustimmung? Gelingt es, die Aktion wie vorgesehen durchzuführen? Wird die Aktion evtl. abgebrochen – durch die Polizei, das Ordnungsamt? Werden die Nutzer mitmachen? Was ist, wenn sie nicht mitmachen? Wichtig ist die Erkenntnis: Temporäre künstlerische Aktionen können sich verstetigen, müssen es aber nicht. Sie können Entwicklungsimpulse setzen, müssen aber nicht automatisch der erste Schritt einer „klassischen“ Planung sein. Temporäre Aktionen dürfen enden, ohne gleich als Misserfolg zu gelten. Sie dürfen vorübergehen. In welchem Maße temporäre künstlerische Interventionen einen Beitrag zur Entwicklung von Räumen, Quartieren und Gemeinschaften leisten können und wie viel Partizipation in diesem Rahmen erfolgen kann, ist pauschal nicht zu bewerten. Intensität,

Ausstrahlung und Impulswirkung einer jeden Aktion ist abhängig von den beteiligten Akteuren, der strukturellen Organisation, der institutionellen Einbindung, den finanziellen Rahmenbedingungen, manchmal auch von Zufällen und nicht zuletzt vom Engagement einzelner Personen. Dies soll im Folgenden an zwei Projektbeispielen gezeigt werden.⁵⁵

Euskirchen – „Grüner wird's nicht“

Leerstand, vernachlässigte Häuser, unattraktive Straßen und Plätze, aber auch hohe Arbeitslosigkeit, überdurchschnittlicher Migrantenanteil, soziale Benachteiligungen und Ungleichheiten – die Probleme am Rande der Euskirchener Innenstadt waren vielfältig. Deshalb wurde das Viehplätzchen-Viertel mit Mitteln des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ saniert: Alte Gebäude verschwanden, neue Gebäude und Plätze wurden gebaut, Nutzungen wandelten sich, neue Nachbarschaften entstanden. So wichtig ein Neuanfang für die Stadtentwicklung der gut 55.000 Einwohner großen Stadt im Bergischen Land auch war – der Wandel bedeutete für manche Bewohner auch einen Verlust von Bekanntem und Vertrautem.

Im Zuge des beginnenden Planungsprozesses sollten Studierende im Sommersemester 2009 eine öffentlichkeitswirksame Aktion konzipieren und auch durchführen, die die Bewohner zum Mitmachen und Nachdenken anregt, sie auf die bevorstehenden Maßnahmen vorbereitet und das Gemeinschaftsgefühl im Quartier fördert. Nach einer eingehenden Beschäftigung mit dem Ort und seinen spezifischen räumlichen und sozialen Rahmenbedingungen entwickelten die Studierenden vier unterschiedliche Aktions-Ideen, von denen dann das Konzept „Grüner wird's nicht“ ausgewählt wurde. Idee war es, den in die Jahre gekommenen zentralen Platz im Viertel sowie weitere Standorte geplanter Umgestaltungsmaßnahmen für einen Tag mit grünem Kunstrasen auszulegen. Zudem sollten kleine Kunstrasenstücke zusammen mit einem Info-Flyer als *Starter-Kits* an die örtliche Bevölkerung verteilt werden. Mit diesen einfachen Mitteln gelang es den Studierenden, das Sanierungsgebiet mit einer frischen Optik und ungewöhnlichen Haptik zu versehen. So wurden die geplanten Maßnahmen im Viehplätzchen-Viertel symbolisch vorweggenommen und für die Bewohner spür- und erlebbar gemacht. Vor allem der bis dahin



Euskirchen: Grüner wird's nicht.

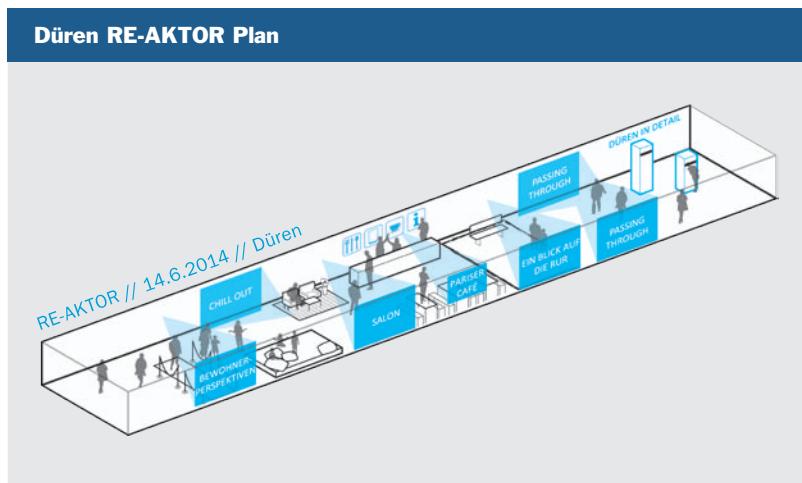
wenig genutzte Quartiersplatz wurde durch die „Begrünung“ plötzlich zu einem attraktiven Aufenthaltsort. So attraktiv, dass der Inhaber eines am Platz ansässigen Lokals erwirkte, dass der Kunstrasen über den Aktionstag hinaus noch den ganzen Sommer über liegen bleiben durfte. Diese ungeplante „Selbst-Verstetigung“ der temporären Aktion zeigte, dass sich ohne großen Gestaltungsaufwand die Aufenthaltsqualität eines öffentlichen Raums drastisch verbessern lässt.

Düren – „RE-AKTOR“

So wie in vielen anderen Städten, schlägt sich der wirtschaftliche, soziale und demografische Wandel auch im Zentrum der am Nordrand der Eifel gelegenen Mittelstadt Düren deutlich sichtbar nieder: Leerstände, Abwanderung von Unternehmen, Vernachlässigung öffentlicher Räume sowie der Attraktivitätsverlust von Einkaufszonen sind Symptome und Ursachen zugleich. Im Bereich der Innenstadt ist die Bevölkerung geprägt von einem überdurchschnittlichen Anteil an Empfängern von Sozialleistungen und einem hohen Migrantenanteil, zugleich zeigt sich hier auch ein deutlich geringerer Altersdurchschnitt als in der Gesamtstadt. Darüber hinaus haben sich eine Reihe innenstadtnaher öffentlicher Räume zu bevorzugten Aufenthaltsorten für Obdachlose und Drogen- und Alkoholkranke entwickelt. Vor allem Anwohner meiden diese Orte, beklagen Angsträume und fehlendes Sicherheitsgefühl und melden kriminelle Übergriffe. Das Image innerstädtischer Wohnlagen vor allem im Bahnhofsumfeld verschlechtert sich zusehends. Dies führt zu einem sich selbst verstärkenden Prozess aus ausbleibenden Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, Verringerung der Mietwerte zahlreicher Gebäude, Fortzug der besser situierten, alteingesessene Bewohnerschaft und Zuzug sozial benachteiligter Haushalte.

Mit der Aufstellung eines Masterplans für die Entwicklung der Innenstadt versucht die Stadt Düren, den negativen Trends entgegenzuwirken. Der Masterplan soll eine Vision formulieren und im Bewusstsein der Stadt, ihrer Bevölkerung, Politik und Verwaltung verankern. Er soll Impulse für private und öffentliche Investitionen in die Aufwertung und Modernisierung des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes geben und Wege aufzeigen,

die Abwärtsspirale zu durchbrechen. Bis die im Masterplan beschriebenen Entwicklungsschritte in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Innenstadtentwicklung wirklich greifen können, werden jedoch noch einige Jahre vergehen. Für die Bevölkerung, aber auch für die Akteure der Innenstadt – Geschäftsleute, Gastronomen, Wohneigentümer, Kulturschaffende, Bildungsträger und viele andere mehr – bleiben die formulierten Ziele und Leitbilder zunächst abstrakt. Eine Herausforderung für die städtischen Planer besteht deshalb darin, möglichst frühzeitig eine Entwicklungsdynamik im Sinne des Masterplans in Gang zu setzen, die von den Bewohnern und den wichtigen Innenstadt-Akteuren unterstützt und getragen wird.



Darstellung: Jan Dubský und Lucie Němcová

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Düren Studierende der Architektur und Stadtplanung der RWTH Aachen gebeten, eine öffentlichkeitswirksame temporäre Aktion in der Dürener Innenstadt zu kreieren. Erklärtes Ziel war es, eine Initialzündung für weitere Aktivitäten zu setzen und Optimismus für einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zu verbreiten. Die 18 Studierenden aus Bulgarien, Tschechien und Deutschland kannten Düren bisher kaum und sahen die Stadt und ihre öffentlichen Räume daher mit großer Neugier und Unbefangenheit. Die Idee zu dieser Aktion wurde im Rahmen eines internen Wettbewerbs entwickelt. Von zehn Konzepten konnte sich die Aktion

„RE-AKTOR“ durchsetzen. Diese thematisierte eine von vielen Durenern als unattraktiv und von manchen auch als beängstigend wahrgenommene Bahnunterführung, die den Bereich des Bahnhofs und Zentralen Omnibus Bahnhofs (ZOB) mit der innerstädtischen Einkaufslage verbindet. Mit Video-Installationen und unterschiedlichen gestalterischen Eingriffen wurde der dunkle und ungemütliche Tunnel für einen Nachmittag zu einer *Chill-Out-Zone*, einem Kino, einer Straßenkreuzung, einem Flussufer, einem Salon, einem Café und einem Club. Die Aktion stellte ein Wechselspiel von Kunst, Architektur, Performance und Installation dar. Städtische Atmosphäre und belebte „Urbanität“ näherten sich in virtueller Form dem Publikum und forderten die Durenner heraus, ihre Umwelt neu zu entdecken, sie auf neue Art wahrzunehmen und mit ihr zu interagieren. Vorbeilaufende Passanten wurden eingeladen, sich ins Innere der Unterführung zu begeben.

Wie erhofft, schaffte es die Aktion, einen symbolischen Impuls zu setzen, der das Interesse der Durenner Bevölkerung weckte, aber auch Geschäftsleute, Politiker und Kulturträger erreichen konnte. Damit entfalteten die Projektionen in der Unterführung eine über den Tag hinausgehende Wirkung.

Fazit » Die ausgewählten Beispiele zeigen sicher, dass es keine pauschale Einschätzung zum Wert, zur Bedeutung und zur Wirkungsweise von temporären Interventionen im öffentlichen Raum geben kann. Und doch lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen und bewährte Strukturen benennen:

- » Die betrachteten temporären Interventionen setzen den Fokus nicht auf Bauobjekte, sondern auf gemeinschaftliche oder öffentliche Freiräume und die Menschen, die diese nutzen, gestalten und prägen (oder eben auch nicht). Wichtig ist also, dass es Teil der Aktion ist, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, sie teilhaben zu lassen, sie für eine – wie auch immer geartete Weiterentwicklung – zu gewinnen. Je bürgerorientierter temporäre Aktionen sind, desto geeigneter sind sie, niedrigschwellige Partizipation zu befördern und nachhaltige Impulse im Quartier oder darüber hinaus zu entfalten.
- » Als vorteilhaft kann sich die Einbettung in etablierte und strukturierte Programme erweisen: Durch die Integration in bewährte Programme des Bundes und der Länder wie „Soziale Stadt“, „Aktive Stadt- und Orts-

teilzentren“, „Ab in die Mitte!“ und „Leben findet Innenstadt“ kann nicht nur die Finanzierung gesichert, ein organisatorischer Rahmen gewährleistet und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gewonnen werden. Vielmehr bietet sich hierdurch die Möglichkeit, Akteure interdisziplinär zu vernetzen und partizipative Prozesse zu initiieren.

- » Die aktive und mitgestaltende Einbindung der Bevölkerung schafft neue Möglichkeiten, bereits in der Aufbauphase eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und auch sonst eher „unsichtbare“ Akteure, die sich üblicherweise nicht in der Stadtentwicklung engagieren, zu aktivieren. Auch und gerade heikle gesellschaftliche Themen können im Rahmen einer öffentlichen Kunst-Aktion in ein neues Licht gerückt werden.
- » Temporäre Interventionen ersetzen keine klassischen Beteiligungsverfahren. Im Sinne eines partizipativen Ansatzes können sie aber zum Gespräch einladen, Bürger und andere Akteure aktivieren und Kommunikationskanäle eröffnen, die sonst geschlossen blieben. Sie können zusätzliche Impulse geben und neue Prozesse in Gang zu setzen.

5. Ausblick und Handlungsempfehlungen

Die in diesem abschließenden Ausblick formulierten thesenartigen Handlungsempfehlungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit – vielmehr sind sie als Anregungen zum Weiterdenken und diskutieren gedacht.

1. Realität anerkennen

Schrumpfung und demografischer Wandel führen in vielen Städten und Dörfern zu großen Problemen. Manche Gemeinde sieht sich in ihrer Existenz bedroht. Was tun, wenn der letzte Einzelhändler aufgegeben, die letzte Dorfkneipe geschlossen hat und die Kirche am Sonntag leer bleibt? Worin besteht dann noch die Lebensqualität im Ort? Die oben beschriebenen Beispiele zeigen, dass durchaus neue Qualitäten jenseits der Wachstumslogik entstehen können, nicht immer braucht es wirtschaftliche Prosperität, um das soziale Gefüge und die Lebensqualität in einem Ort zu bewahren. Die Entdeckung der Langsamkeit – *Cittàslow* – ist im Zweifel eine Strategie, die von größerer Nachhaltigkeit ist als das dogmatische Folgen eines ins Nichts führenden Wachstumspfads. Doch zugleich können auch die besten Ideen und stringesten Konzepte nicht darüber hinwegtäuschen: Es hat bereits jetzt eine Entwicklung eingesetzt, die sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortsetzen wird. Der Kuchen, der zu verteilen ist, wird nicht größer, sondern kleiner. In der Konsequenz wird es zwangsläufig Verlierer geben: Gemeinden, die es nicht schaffen, den Trend umzukehren oder trotz Schrumpfung weiter attraktiv zu bleiben. Diese Realität ist anzuerkennen.

2. Gemeinschaft fördern

Sozialer Zusammenhalt und Gemeinschaft sind auch in vermeintlich übersichtlichen Stadt- und Ortsstrukturen jenseits der Metropolen keine

Selbstverständlichkeit. Auch hier diversifizieren sich gesellschaftliche Strukturen, und es kommen auch in Kleinstädten Menschen hinzu, die sich in Herkunft, Kultur oder Aussehen von der Mehrheit unterscheiden. Dies wird nicht immer als wertvoll und bereichernd angesehen, sondern

Die öffentliche Hand kann ihre Verantwortung für das Gemeinwohl nicht an die Bürger delegieren. stößt nicht selten auf Abweisung, Ausgrenzung oder Schlimmeres. Die kleinstädtische Gemeinschaft ist demnach nicht per se gefestigt und Fremden gegenüber aufgeschlossen, sondern kann labil und erschütterbar sein.

Viele Beispiele zeigen jedoch, dass es gerade die Bewohner kleiner und mittlerer Städte sind, die sich verantwortlich für ihren Ort, ihre Nachbarn und ihr soziales Umfeld fühlen. Sie ergreifen Initiative, übernehmen Verantwortung und nehmen große Mühen auf sich, um gemeinschaftliche Projekte umzusetzen. Hierbei gelingt es durchaus auch immer wieder, unterrepräsentierte oder als artikulationsschwach geltende Gruppen wie Jugendliche, ältere Menschen oder Migranten einzubeziehen. Damit erzie-



In Anklam will die „Stadtteilarbeit Südstadt“ die Bürger aktivieren.

len die Menschen vor Ort mit minimalen finanziellen Mitteln oft kaum für möglich gehaltene Erfolge. Ein pragmatischer Gemeinsinn macht auch die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen und Ressourcen auf intelligente Weise – wie im Beispiel des „Multiplen Hauses“ dargestellt – möglich.

Das auf einem Bewusstsein für die grundlegende Bedeutung von Gemeinschaft beruhende bürgerschaftliche Engagement ist eine wertvolle Ressource. Doch es ist fatal, wenn politische Programme und Strategien genau dieses freiwillige Engagement als Selbstverständlichkeit voraussetzen. Die öffentliche Hand kann trotz bürgerschaftlichen Engagements ihre Verantwortung für das Gemeinwohl nicht an die Bürger delegieren und sie in ihrem Engagement überfordern.

3. Örtliche Wirtschaft ins Boot holen

In vielen kleinen und mittleren Städten haben sich über die Jahre hinweg enge Netzwerke und Kooperationsstrukturen zwischen den lokalen Unternehmen und den Kommunen entwickelt. Vor allem dort, wo die wirtschaftlichen Akteure (noch) vor Ort sitzen, bietet sich die Chance, öffentlich-private Strukturen der Zusammenarbeit zu entwickeln und so die Probleme gemeinsam in Angriff zu nehmen. Schon geringe Mittel zur Unterstützung eines Dorfcladens, die Übernahme von Pflege- und Instandsetzungsleistungen im öffentlichen Raum oder die Vermittlung von technischem Know-how kann für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Ortes von großer Bedeutung sein. Hierbei kann und darf die Kommune gegenüber den Vertretern der örtlichen Wirtschaft durchaus selbstbewusst auftreten, denn es geht in aller Regel nicht um reinen Altruismus, sondern auch um Vorteile für die Wirtschaft vor Ort. Diese profitiert nicht nur vom Imagegewinn durch die „gute Tat“, sondern auch finanziell, wenn beispielsweise Kaufkraft im Ort gehalten wird. Noch besser ist aber, wenn die lokale Wirtschaft konzeptionell eingebunden wird. *Cittàslow* zeigt, dass es lohnenswert sein kann, sich auf die eigenen Qualitäten zu besinnen und beispielsweise hochwertige Produkte lokal zu vermarkten. Hier sind öffentliche Hand und privatwirtschaftliche Akteure aufgefordert, aufeinander zuzugehen und gemeinsam Strategien zu entwickeln und partnerschaftlich umzusetzen.

4. Überschaubarkeit nutzen

Im Vergleich zu Großstädten sind kleine und mittlere Städte und erst recht Dörfer deutlich überschaubarer. Die Stadtverwaltung ist weniger komplex ausdifferenziert, die „Dienstwege“ sind kürzer, Planungen können – zumindest potenziell – schneller umgesetzt, Entscheidungen schneller getroffen werden. Die örtlichen Politiker haben es leichter, die Gemeinde insgesamt im Blick zu haben. Sie haben umfassendere Kenntnis von den Wünschen und Bedürfnissen in der Bevölkerung als das in Großstädten häufig der Fall ist. Auch die Akteure aus Wirtschaft, Kultur und Sozialem sind mit ihren Interessen und Handlungsmöglichkeiten bekannt. Ebenso ist die Nähe der Bürger zueinander und zu den politischen, administrativen und gesellschaftlichen Akteuren größer als in den großen Städten. Diese relativ große Überschaubarkeit macht es für alle Beteiligten leichter, Handlungsfolgen abzusehen und Entwicklungen zu antizipieren. Hierin liegt eine Chance: Gerade Klein- und Mittelstädte bieten gute Voraussetzungen, sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Zivilgesellschaft zu aktivieren, indem sich die verschiedenen Akteure – Schulen, Vereine, Bildungsträger, Kirchen, Unternehmen etc. – eng vernetzen. Politik und Verwaltung haben hier die Aufgabe, sich neuen und innovativen Formen der Bürgerbeteiligung und des Bürgerengagements zu öffnen und eigene Entscheidungen gemeinsam mit dem Bürgern transparent zu entwickeln und zu gestalten.

Dennoch wäre es falsch, die vergleichsweise geringe Größe der hier thematisierten Städte und Gemeinden mit mangelnder Komplexität gleichzusetzen. Selbst in kleinen Gruppen wie Familien oder Schulklassen kann es unberechenbare Dynamiken, unlösbare Konflikte und kaum nachvollziehbare Irrationalitäten geben. Dies gilt in höherem Maße auch für Gemeinwesen mit einigen tausend Einwohnern. Gerade wenn es darum geht, Veränderungsprozesse in Gang zu bringen, muss auch in kleinen Städten sehr genau hingesehen werden, welche Akteure mit welchen Interessen politisch wirksam werden. Neue Situationen können sowohl ungeahnte Innovationskraft als auch trotziges Beharrungsvermögen zur Folge haben. In einem solchen Fall kann die geringe Größe einer Kommune auch zum Nachteil werden, weil ein Akteur oder eine Interessengruppe die Chance hat, vergleichsweise großen Einfluss auszuüben und die Dinge im eigenen Sinne zu lenken.

5. Interkommunal zusammenarbeiten

Vielen kleinen Gemeinden fehlt es an den Ressourcen, den zahlreichen Herausforderungen im Alleingang zu trotzen. Auch unter Aufbringung aller eigener Ressourcen sowie der Mobilisierung von privatwirtschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement bleiben die Möglichkeiten, Einfluss auf die widrigen Entwicklungen zu nehmen, oftmals sehr begrenzt. Sowohl *Cittàslow* als auch die Beispiele der „Multiplen Häuser“ zeigen, dass ein Zusammenschluss mehrerer Kommunen entscheidende Gestaltungsperspektiven eröffnen kann. Eine freiwillige interkommunale Zusammenarbeit ist für die beteiligten Gemeinden eine große Chance, Ressourcen effizienter zu nutzen und anderen Städten und Regionen mit starker Stimme zu begegnen. Allerdings bedeutet gerade der Beginn einer Kooperation für alle zunächst einen erheblichen Kraftakt. Zum einen müssen die richtigen Partner gefunden werden, zum anderen müssen sich alle Beteiligte auf gemeinsame Ziele und Strategien einigen und zur Umsetzung die erforderlichen Mittel bereitstellen. Bei Erfolg entsteht jedoch ein neuer „Raum“ gemeindeübergreifender Gemeinschaftlichkeit, der auch den Zusammenhalt vor Ort stärken kann.

6. Identität stärken

Sowohl für die Profilierung nach außen als auch zur Festigung des Selbstbildes ist es für kleine Kommunen von zentraler Bedeutung, ein profiliertes Bild ihrer spezifischen Qualitäten zu entwerfen. Die Herausbildung

Robert Seethaler

*So blieb er eine Zeit,
und als er sich aufsetzte
und die Augen wieder
öffnete, war das Dorf
verschwunden, und er
sah die Dinge am
Straßenrand vorbei-
ziehen: kleine, aus den
Äckern gestampfte
Pensionen. Raststätten.
Tankstellenschilder.
Reklametafeln. Ein
Gasthof mit Bettwäsche
in jedem seiner offenen
Fenster. Eine Frau am
Zaun, eine Hand in
die Hüfte gestützt, das
Gesicht undeutlich und
verschwommen im
Zigarettenrauch.⁵⁶*

von Alleinstellungsmerkmalen und besonderen Charakteristika ist eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsorientierte kommunale Entwicklungsstrategie. Anders als große Städte haben kleinere Kommunen häufig nur eine sehr begrenzte Menge identificationstauglicher Potenziale. Gerade in schrumpfenden und von Abwanderung betroffenen Kommunen brechen oft auch bis dahin identitätsprägende Strukturen weg. Ehemalig als Stahl-, Chemie- oder Werftstandorte bekannte Kommunen sind plötzlich nur noch Orte der Schrumpfung, der Arbeitslosigkeit, des Leerstandes. Daher sind viele kleine Städte und Gemeinden bestrebt, ihre spezifischen Stärken und Talente neu zu entdecken und zu entwickeln. Die Beispiele der *Cittàslow*-Städte zeigen, dass dies auch jenseits vom Credo des „Schneller, Weiter, Höher“ gelingen kann.

Die strategische Entwicklung einer (neuen) Identität, die Entwicklung von Selbstbewusstsein und der Wunsch nach Selbstvergewisserung kann jedoch die Gefahr einer Abgrenzung gegenüber anderen Identitätsentwürfen bergen. Daher muss gerade bei einer planmäßig erfolgenden Neuorientierung darauf geachtet werden, dass die Herausarbeitung eigener Stärken und die Weiterentwicklung von Potenzialen nicht in Intoleranz und Abschottung mündet. Eine Profilierung darf nicht zu einem Korsett werden, sondern muss flexibel, geschmeidig und kritikfähig genug sein, um immer wieder auch relativiert, ergänzt oder ganz in Frage gestellt werden zu können.

7. Neue Technologien nutzen

Die sogenannten Neuen Technologien bieten gerade abgelegenen Kommunen die Möglichkeit des ressourcensparenden Transfers von Informationen. Auch der Austausch von Waren und Dienstleistungen lässt sich über soziale Medien und „smarte“ Technologien leichter und schneller bewerkstelligen. So kann – das oben beschriebene Beispiel des „Multiplen Hauses SeeSalon m. H.“ zeigt es – beispielsweise die Lebensmittelversorgung auch dort organisiert werden, wo der letzte Einzelhändler bereits aufgegeben hat. Daher sollte dem Ausbau der Breitbandversorgung, gerade für die Entwicklung des ländlichen Raums, eine hohe Priorität zukommen. Doch die Chancen und Möglichkeiten durch das Internet, soziale Medien und moderne Telekommunikation machen den unmittelbaren persönlichen Kontakt der

Menschen miteinander nicht obsolet. Den meisten Menschen reicht der „virtuelle“ Kontakt nicht aus. Dies ist im dicht besiedelten urbanen Raum überhaupt kein Problem – virtuelle und reale Vernetzung gehen Hand in Hand und verstärken sich gegenseitig. Doch dort, wo der Bevölkerungsrückgang spürbar wird und Ortskerne von Leerstand geprägt sind, kann auch die beste mediale Vernetzung die entstehende Lücke im sozialen Netz nicht schließen. Daher bedeuten die Neuen Technologien gerade in strukturschwachen Regionen eine große Chance, können jedoch keine dauerhafte Lösung für die entstehenden Herausforderungen sein.

8. Kooperation und Engagement unterstützen

Häufig sind soziale Gruppen zu einer erstaunlichen Selbstorganisation fähig. Besonders stabil und wirkungsvoll sind Kooperations- und Engagementstrukturen, die „von unten“, also aus der Bürgerschaft heraus, entstehen. Bürger können sich gegenseitig zur gemeinsamen Arbeit motivieren, wenn sie ihre Ideen umsetzen und die Ergebnisse ihres Engagements mit eigenen Augen sehen können. Doch Engagement für das Gemeinwesen entsteht nicht automatisch und oft auch nicht von allein. Häufig braucht es zumindest einen Anstoß, eine Initialzündung, beispielsweise durch Akteure aus Politik oder Verwaltung. In vielen Gemeinden hat es sich daher bewährt, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements gezielt zu unterstützen. Die Etablierung einer Anerkennungskultur, wie am Beispiel der Gemeinde Nürtingen gezeigt, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Hinzu kommen die strukturellen Voraussetzungen in der Kommunalverwaltung, beispielsweise durch ausdrückliche Ansprechpartner für alle Fragen des bürgerschaftlichen Engagements. Auch die aktive und zuvorkommende Unterstützung zum Beispiel bei rechtlichen oder administrativen Fragen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Und schließlich kann eine gut vernetzte Kommunalverwaltung auch als Vermittlerin von Kontakten und Organisatorin von Ressourcen fungieren.

9. Konkret werden

Die Aufstellung von Handlungskonzepten und Entwicklungsstrategien, die Etablierung von Kooperationsstrukturen, die Aktivierung von

Soziales Leben, Gemeinschaft und bürgerschaftliches Engagement entstehen, wenn es konkret wird.

Akteuren – all das sind wichtige und richtige Ansätze, um Gemeinschaft zu stärken und öffentliche Räume zu entwickeln. Doch es wird schon beim Lesen deutlich: Die genannten Ansätze bleiben abstrakt und sind damit in der Bevölkerung nur schwer vermittelbar. Daher ist zu fragen, was die Bewohner einer Kleinstadt oder eines Dorfes tatsächlich dazu motiviert, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Ob *Cittàslow*, Dorfläden, „Multiple Häuser“ oder temporäre künstlerische Interventionen – die Beispiele zeigen, dass Menschen dann Interesse zeigen und bereit sind, Arbeit und Zeit in gemeinschaftliche Projekte zu investieren, wenn sie klar vor Augen haben, was sie tun können und was dieses Tun mit ihrem Leben und ihren Interessen zu tun hat. Soziales Leben, Gemeinschaft und bürgerschaftliches Engagement entstehen, wenn es konkret wird. Daher sind die kommunalen Planer und Entwickler aufgefordert, vom Elfenbeinturm herabzusteigen und ihre Pläne, Konzepte und Strategie auf eine möglichst lebensnahe und greifbare Ebene zu bringen. Hier kann sich die Zusammenarbeit mit Praktikern aus Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft als besonders hilfreich und fruchtbar erweisen.

10. Unkonventionell denken und handeln

Erster Appell: Experimentieren erlauben

Die im vorangegangenen Kapitel genannten Beispiele zeigen es exemplarisch: Nicht immer sind es die bekannten und – scheinbar – bewährten Konzepte, die eine Gemeinde weiterbringen. Oft zeigt sich gerade angesichts schwieriger Herausforderungen, dass sich neben den üblichen Wegen, jenseits der bekannten Trampelpfade neue und ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten ergeben. Leider sind auf diesen unkonventionellen Wegen oft einige Hürden, vor allem finanzieller und administrativer Natur, zu nehmen. Öffentliche Mittelgeber auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sollten den Mut gerade von kleinen Städten und Gemeinden belohnen und neuen Konzepten und experimentellen Ansätzen eine wirkliche Chance geben. Es muss in diesem Rahmen auch erlaubt sein, dass eine zunächst gut erscheinende Idee nicht funktioniert. Das Zulassen von Experimenten sollte auch das Scheitern als legitime Möglichkeit zulassen; denn auch aus nicht gelungenen Konzepten kann man etwas lernen. Es geht hierbei nicht um Millionengräber wie zum

Beispiel das der Hamburger Elbphilharmonie, sondern um vergleichsweise geringe Beträge.

Zweiter Appell: Weniger Bürokratie wagen

Das Fachwissen, das erforderlich ist, um einen EU-Antrag auf Fördermittel auf den Weg zu schicken, ist erheblich und schreckt ab. Gerade kleine Kommunalverwaltungen haben oft weder das Personal noch das Geld, um qualifizierte Anträge zu verfassen oder deren Erstellung in Auftrag zu geben. Vielen kleinen Gemeinden würden ein vereinfachtes Antragswesen und verschlankte Entscheidungsstrukturen deutlich mehr Möglichkeiten eröffnen, für gute Ideen sinnvolle Fördergelder zu akquirieren.

Dritter Appell: Provisorische Lösungen und Improvisationen zulassen

Dies richtet sich an alle Akteure der Dorf- und Stadtentwicklung, also nicht nur an die Politik und Verwaltung, sondern auch an die Geschäftsleute und Einzelhändler, die Kulturschaffenden und Sozialverbände, die Vereine und Gruppen und alle anderen, die hier involviert sind. Gerade auf unsicherem Terrain, vor ungewissen Entwicklungen und in schwierigen Situationen kann es gut sein, erst einmal geringeren Aufwand zu betreiben und eine vorläufige Lösung anzustreben. Von der Idee bis zur Umsetzung einer provisorischen oder einem absichtsvoll zeitlich befristeten Eingriff muss nicht viel Zeit vergehen. Sehr schnell wird erkennbar, ob eine Idee oder ein Konzept Potenzial hat oder nicht. Im weiteren Verlauf kann sich dann zeigen, ob sich beispielsweise aus der provisorischen Zwischennutzung eines leerstehenden Gebäudes ein Modell für die Zukunft ergeben kann. Oder eine temporäre Intervention zeigt, dass die Verbannung des PKW-Verkehrs von einem Platz nicht die erwarteten (Verkehrs-)Probleme mit sich bringt, sondern unerwartetes Leben in den öffentlichen Raum.

In jedem Fall brauchen die beteiligten Akteure Mut und Fantasie – und dann entsteht vielleicht wieder ein neuer Begegnungsraum oder Gemeinschaftsort irgendwo in irgendeiner kleinen Stadt jenseits der Metropolen, mitten im Zentrum des sozialen Lebens.

Fußnoten

- ¹ Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit verzichtet die Herbert Quandt-Stiftung in ihren Publikationen auf die geschlechterspezifische Differenzierung. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.
- ² Statistische Zahlen in diesem Abschnitt aus: Statistisches Bundesamt: Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Gemeinden in den Ländern nach Einwohnergrößenklassen auf Grundlage des ZENSUS 2011. Gebietsstand: 31.12.2013. Erscheinungsmonat: Oktober 2014. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/08GemeindenEinwohnergroessen.xls?blob=publicationFile> (08.05.2015).
- ³ Korzer, Tanja: Lernen von Shoppingcentern. Potenziale für eine ökonomisch tragfähige und nachhaltige innenstädtische Einzelhandelsentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Leipzig 2014. S. 31.
- ⁴ BMVBS Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.): Städtebauförderung in Klein- und Mittelstädten in ländlichen, dünn besiedelten Räumen. Studie. Berlin 2011. S. 3.
- ⁵ Vgl. URL: http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3AKarte_Metropolregionen.svg (08.05.2015).
- ⁶ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. URL: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/download_KarteSGtyp2012.pdf?blob=publicationFile&v=7 (08.05.2015).
- ⁷ Portz, Norbert: „Stadtentwicklung in Mittel- und Kleinstädten: Chancen und Herausforderungen.“ In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 3/2011. S. 115-118, hier: S. 115.
- ⁸ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.): „Stadtansichten. Befunde der BBSR-Umfrage aus Groß- und Mittelstädten.“ BBSR-Berichte KOMPAKT 6/2011. Bonn 2011.
- ⁹ Bichsel, Peter: Wo wir wohnen. Frankfurt am Main, Leipzig 2004. S. 35.
- ¹⁰ Denkwerkstatt der Montag Stiftungen gAG: Mittelstädte im peripherisierten Raum zwischen Abkopplung und Innovation. Ergebnisse eines Experten-Workshops in Günne/Möhnesee am 08. und 09. September 2011. Bonn 2012.
- ¹¹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Stuttgart 2012.
- ¹² URL: http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Wanderungssaldo_Kreise.html (26.06.2015).
- ¹³ URL: http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/03_Foerderung/_texte/Breitbandstrategie.html (28.06.2015).
- ¹⁴ Ortwein, Steffen: „Breitband als Element zukunftsfähiger ländlicher Versorgungsstrukturen.“ In: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hg.): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demografischen Wandel? Bonn 2013. S. 25-29, hier: S. 25.

- ¹⁵ Portz: „Stadtentwicklung in Mittel- und Kleinstädten.“ S. 116.
- ¹⁶ Nadolny, Sten: Weitlings Sommerfrische. München 2012. S. 16.
- ¹⁷ Bourdieu, Pierre: „Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum.“ In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main/New York 1991. S. 25-34, hier S. 32.
- ¹⁸ Bourdieu: „Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum.“ S. 31.
- ¹⁹ Brinkmann, Rolf Dieter: Standphotos. Gedichte 1962-1970. Reinbek 1980. S. 65.
- ²⁰ Unzicker, Kai: „Messen was verbindet – gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich.“ In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 5/2013. S. 235-240, hier S. 239.
- ²¹ Zick, Andreas/Küpper, Beate/Wolf, Hinna: „Wie feindselig ist Europa? Ausmaße gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in acht Ländern.“ In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Frankfurt am Main/Berlin 2012. S. 39-60.
- ²² Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Berlin 2010. S. 80.
- ²³ Bertelsmann Stiftung: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich. Zentrale Ergebnisse auf einen Blick. Gütersloh 2013. S. 3.
- ²⁴ Bertelsmann Stiftung: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. S. 3 f.
- ²⁵ Bertelsmann Stiftung: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. S. 8.
- ²⁶ Bahrdt, Hans-Paul: Die moderne Großstadt: Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Opladen 1998 [1961]. S. 83.
- ²⁷ Siehe hierzu ausführlicher: Berding, Ulrich u. a. (Hg.): Stadträume in Spannungsfeldern. Plätze, Parks und Promenaden im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten. Detmold 2010.
- ²⁸ Ebers, Thomas: „Öffentlichkeit als eine Grundvoraussetzung menschlichen Seins: Überlegungen zu einer Philosophie des öffentlichen Lebens.“ In: Städtische Öffentlichkeit – öffentliche Stadträume. BBSR-Berichte Kompakt 01/2014. Bonn. S. 5.
- ²⁹ Rautenberg, Hanno: Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne. Berlin 2013. S. 48.
- ³⁰ David, Ben/Junghans, Anja: „Mit dem Computer in der Hosentasche entsteht ein neuer öffentlicher Zwischenraum.“ In: telepolis 09.01.2011. URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/33/33977> (09.05.2015).
- ³¹ Schubert, Herbert: „Ein neues Verständnis von urbanen öffentlichen Räumen.“ In: Havemann, Antje/Selle, Klaus (Hg.): Plätze, Parks & Co. Stadträume im Wandel – Analysen, Positionen und Konzepte. Detmold 2010. S 184-194, hier S. 187.
- ³² David/Junghans: „Mit dem Computer in der Hosentasche.“
- ³³ Beerens, Willem-Jan/Berding, Ulrich/Kluge, Florian: Raum auf Zeit. Temporäre Interventionen im öffentlichen Raum. Band 1. Aachen 2013.
- ³⁴ Vgl. Gestring, Norbert u. a.: „Verunsicherung und Einhegung – Fremdheit in öffentlichen Räumen.“ In: Glasze, Georg/Pütz, Robert/Rolfs, Manfred (Hg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld 2005. S. 223-252.
- ³⁵ Gehl, Jan/Gemzoe, Lars: Public Space – Public Life. Kopenhagen; Seggern, Hille von/ Havemann, Antje: Die Atmosphäre des Ernst-August-Platzes. Beobachtungen und Experimente im öffentlichen Raum. Hannover 2004.
- ³⁶ Uslar, Moritz von: Deutschesboden. Frankfurt am Main 2012. S. 161.
- ³⁷ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.): „Stadtansichten.“ S. 16.
- ³⁸ Mit gewissen ökonomischen Rückwirkungen: denn es ging – zum Beispiel beim „sanitären“ Grün – immer auch um Erhalt der Arbeits- und Wehrkraft der Jugend.
- ³⁹ Benn, Gottfried: „Nasse Zäune.“ In: Benn, Gottfried: Gedichte. Stuttgart 1988. S. 93.
- ⁴⁰ Gehl, Jan: „Public spaces for a changing life.“ In: Havermann/Selle: Plätze, Parks & Co. S. 375-384, hier S. 376.
- ⁴¹ URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Cittaslow.JPG> (08.05.2015).
- ⁴² Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Lokale Qualitäten, Kriterien und Erfolgsfaktoren nachhaltiger Entwicklung kleiner Städte – Cittaslow. Berlin 2013.
- ⁴³ URL: <http://www.citta-slow.de/index.php/de/konzept/gebuehren> (08.05.2015).
- ⁴⁴ Kästner, Erich: Goethe und die Schrebergärtner: Geschichten und Gedichte aus der deutschen Heimat. Zürich 2014. S. 69 f.

- ⁴⁵ Interreg-Projekt „Dorfladen 2.0 – FooDS (Food and Delivery Solution).“ Vgl. URL: <http://www.hs-niederrhein.de/oecotrophologie/forschung-projekte/wohnortnahe-grundversorgung/> (26.06.2015).
- ⁴⁶ Vgl. Darstellung der Ergebnisse unter: URL: https://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de//fileadmin/user_upload/_imported/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads2015/Beitraege2015/20Nikolic.pdf (26.06.2015).
- ⁴⁷ Vgl. Reichenbach-Behnisch, Jana u. a.: Aktivieren des Stadtzentrums von Kleinstädten durch die verknüpfte Anwendung erfolgreicher Modelle aus Großstädten und ländlichen Regionen wie innovatives Leerstandsmanagement, Installieren multipler Häuser und Förderung alternativer Wohnformen für die Generation Plus. Stuttgart 2012.
- ⁴⁸ Abkürzung des französischen „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ = „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung des ländlichen Raums“.
- ⁴⁹ Reichenbach-Behnisch: Aktivieren des Stadtzentrums von Kleinstädten. S. 33.
- ⁵⁰ Sinning, Heidi/Wimmer, Ansgar (Hg.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – ein Wegweiser. Projektdokumentation Band 2, Kurzportraits aus der ersten Wettbewerbsphase. Gütersloh 2000.
- ⁵¹ Element of Crime (deutsche Band): Die Single „Delmenhorst“ aus dem Musikalbum „Mittelpunkt der Welt“ erschien 2005.
- ⁵² Havemann, Antje/Schild Margit: „Flüchtige Mode oder erhellende Experimente? Gedanken zur Nachhaltigkeit temporärer Projekte.“ In: Stadt und Grün, 9/2006. S. 20-23, hier S. 23.
- ⁵³ Selle, Klaus: „Geleitwort.“ In: Beeren/Berding/Kluge: Raum auf Zeit. S. 7.
- ⁵⁴ Sitte, Camillo: Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Vermehrt um „Großstadtgrün“, Reprint der 4. Auflage von 1909. Basel, Boston, Berlin 2001.
- ⁵⁵ Zahlreiche weitere Beispiele für temporäre Aktionen im öffentlich sind dokumentiert in: Beeren/Berding/Kluge: Raum auf Zeit. Band 1 Aachen 2013 und Band 2 Aachen 2014.
- ⁵⁶ Seethaler, Robert: Ein ganzes Leben. Berlin. S. 151.

Der Autor



Dr. Ulrich Berding

Geboren 1971 in Friesoythe. Studium der Landschafts- und Freiraumplanung in Hannover. 1998-2000 Mitarbeit bei KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover. 2001-2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen. 2007 Promotion zum Dr.-Ing. 2008 Ernennung zum Akademischen Rat auf Zeit, 2014

Ernennung zum Akademischen Oberrat auf Zeit. Bearbeitung und Leitung von Forschungsprojekten zum öffentlichen Raum, unter anderem gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). 2011 Gründung der Bürogemeinschaft „stadtforschen.de – Büro für Stadtforschung, Entwicklung, Kommunikation“. Praxis- und Forschungsprojekte zur Sozialraumanalyse, Quartiersentwicklung und zu Gemeinschaftsgärten in benachteiligten Stadtquartieren. Seit 2015 Mitarbeiter bei „plan zwei Stadtplanung und Architektur“, Hannover.

Die Herbert Quandt-Stiftung

Den Bürger stärken –
die Gesellschaft fördern

Gestiftet als Dank für die Lebensleistung des Unternehmers Dr. h.c. Herbert Quandt setzt sich die nach ihm benannte Stiftung für die Stärkung und Fortentwicklung einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft ein. Ausgangspunkt ihres Handelns ist die Überzeugung, dass die Bindekräfte zwischen den verschiedenen Milieus, Kulturen und Generationen in der Initiativkraft des Einzelnen und die Einsatzbereitschaft für andere begründet sind. Die Stiftung will mit ihrem Wirken dazu beitragen, das Ideal einer eigenständigen Bürgerschaft zu fördern: Sie möchte Menschen jeden Alters und jeder Herkunft anregen, ihre individuellen Begabungen zu entfalten und Verantwortung für sich sowie für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Die Stiftung ist grundsätzlich operativ tätig. Sie greift gesellschaftspolitische Themen in Form von längerfristigen Programmen und Projekten auf, erschließt sie in Kooperation mit der Wissenschaft, entwickelt praktikable Lösungsansätze und bringt sie in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik. Sie möchte damit auch die politische Kultur unseres Landes fördern. Dabei setzt die Herbert Quandt-Stiftung auch auf Bündnisse mit anderen Institutionen und Organisationen, um den gesellschaftlichen Dialog zu befördern und andere zu ermutigen, die Anliegen der Stiftung aufzunehmen und weiterzutragen.

Der öffentliche Raum ist ein Wert an sich. Er ist mehr als die Summe der frei zugänglichen Orte und Plätze. Schon im antiken Griechenland konstituierte sich auf der *Agora* die politische Gemeinschaft. Der zentrale städtische Platz ermöglichte Diskussionen und gemeinsame Entscheidungen der Bürger. Das ist heute nicht anders – wir brauchen auch für die moderne Demokratie und das soziale Miteinander Orte des Austauschs und des gemeinsamen Lebens. Doch öffentliche Räume funktionieren in Metropolen und im ländlichen Raum anders, sind Krisen ausgesetzt, besitzen aber auch bleibende Potenziale für die Identität gerade schrumpfender Städte. Ist eine Kleinstadt oder ein Mittelzentrum vom sozialen und demografischen Wandel betroffen, bedarf es des Zusammenspiels von Architekten, Städteplanern, Verwaltung und Bürgern.

Der Hannoveraner Städteplaner Dr. Ulrich Berding geht anhand zahlreicher positiver Fallbeispiele der Frage nach, wie nachhaltige Konzepte für Stadtplanung, kulturelle oder wirtschaftliche Nutzung im Zusammenspiel von öffentlicher Hand und Bürgergesellschaft entwickelt werden können, damit kleine Städte und Dörfer weiterhin lebenswert bleiben.

Herbert Quandt-Stiftung
Am Pilgerrain 15
D-61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Tel: +49 (0) 6172 404-500
Fax: +49 (0) 6172 404-545
www.herbert-quandt-stiftung.de